



www.laender-analysen.de/ukraine

KORRUPTION IHOR KOLOMOJSKYJ ZUSAMMENSETZUNG WERCHOWNA RADA

■ ANALYSE	
Antikorruptionsaktivismus in den ukrainischen Regionen Von Max Bader, Universität Leiden	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Meinungsumfragen zu Korruption	6
■ ANALYSE	
Das Oberste Antikorruptionsgericht der Ukraine und die Gesetzesinitiativen von Präsident Selenskyj zur Bekämpfung der Korruption Von Halyna Kokhan (EU Anti-Corruption Initiative in Ukraine, Kiew)	12
■ KOMMENTAR	
Der gewachsene Einfluss von Ihor Kolomojskyj Von Steffen Halling, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen	16
■ DOKUMENTATION	
Zusammensetzung der neuen Werchowna Rada	18
■ CHRONIK	
4. – 20. Oktober 2019	22

Antikorruptionsaktivismus in den ukrainischen Regionen

Von Max Bader, Universität Leiden

Zusammenfassung

Nach der Euromaidan-Revolution haben überall im Land Bürger den Kampf gegen die Korruption aufgenommen. Die Aktivitäten reichen von der Überwachung des öffentlichen Auftragswesens und von Vermögensdeklarationen über die Organisation von Demonstrationen und Sensibilisierungskampagnen bis hin zur direkten Konfrontation mit korrupten Akteuren. Was bedeutet diese Welle des regionalen Antikorruptionsaktivismus für den Kampf gegen die Korruption in der Ukraine?

Einleitung

Es gibt wohl nur wenige Länder, in denen die verheerenden Auswirkungen der Korruption so deutlich spürbar sind wie in der Ukraine. Lag das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine nach der Unabhängigkeit 1991 etwa gleichauf mit dem von Polen, so ist es heute fünf Mal niedriger als das des Nachbarstaates. Viele Ukrainer führen die wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes auf die Korruption zurück, die in Meinungsumfragen immer wieder als eines der größten Hindernisse für die Entwicklung des Landes identifiziert wird. Seit dem Euromaidan 2013–2014 hat die ukrainische Regierung eine Reihe von Anti-Korruptionsreformen durchgeführt – mit gemischten Ergebnissen.

Einige, in Kiew ansässige Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit großer fachlicher Expertise und guten Verbindungen zu den internationalen Unterstützern der Ukraine spielen eine herausragende Rolle im Reformprozess, indem sie die Arbeit der zuständigen Behörden kontrollieren und weitere Reformen vorantreiben. Gleichzeitig sind in den letzten Jahren in den ukrainischen Regionen Hunderte, teils sehr diverse, zivilgesellschaftliche Antikorruptionsinitiativen entstanden. Dazu gehören konventionelle NGOs, die (überwiegend) auf externe Finanzierung angewiesen sind, aber auch improvisierte Ad-hoc-Bürgerinitiativen. Das ideologische Spektrum reicht von Organisationen mit liberaler Ausrichtung bis hin zu nationalistischen Milizen. Was die Methoden angeht, gibt es Organisationen, die traditionelle NGO-Aktivitäten wie Sensibilisierung und Lobbyarbeit betreiben aber auch solche, die auf Drohungen und sogar Gewalt setzen, um ihre Ziele zu erreichen.

Die Landschaft des Antikorruptionsaktivismus in der Ukraine

Die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Antikorruptionsorganisationen in der Ukraine lassen sich in sechs Kategorien einteilen: Monitoring und Berichterstattung, Sensibilisierung, Lobbyarbeit, Protestaktionen, Kompe-

tenzstärkung und Co-Governance. Im Rahmen eines Forschungsprojekts der Universität Leiden¹ wurden 242 zivilgesellschaftliche Organisationen identifiziert, die in 57 ukrainischen Städten im Bereich der Korruptionsbekämpfung aktiv sind. Die nachfolgenden Daten stammen aus vertraulichen Interviews mit Vertretern dieser Organisationen.

108 Organisationen führen verschiedene Formen von Monitoring in mindestens einem Politikbereich durch. Am häufigsten (55 Organisationen) werden Entscheidungsfindungsprozesse regionaler legislativer und exekutiver Institutionen überwacht. Ziel ist es in der Regel, potenzielle Interessenkonflikte aufzudecken oder festzustellen, ob bestimmte Regelungen korruptionsanfällig sind. Die Überwachung der Entscheidungsfindung von Legislative und Exekutivbehörden wurde 2011 durch ein Gesetz über den Zugang zu öffentlichen Informationen verbessert. Nach diesem Gesetz haben alle das Recht, öffentliche Informationen anzufordern und zu erhalten. Darunter fallen Informationen, die von der öffentlichen Verwaltung im Rahmen ihrer Amtsgeschäfte erstellt, empfangen oder dokumentiert werden wie etwa Entscheidungen der Regionalräte oder Informationen über die Verwendung von Haushaltsmitteln.

Die zweithäufigste Art des Monitorings (47 Organisationen) ist die Überwachung des öffentlichen Auftragswesens. Diese ist durch die Einführung des zentralen Beschaffungssystems ProZorro im Jahr 2015 einfacher geworden, einem elektronischen Beschaffungssystem, das seither für staatliche Beschaffungen über einem bestimmten Schwellenwert obligatorisch ist. Ebenfalls weit verbreitet (34 Organisationen) ist die Überprüfung der elektronischen Vermögensdeklarationen von Beamten. Auf diese Weise können Unstimmigkeiten zwischen dem offiziell ausgewiesenen Einkommen und Vermögen von Beamten und ihrem tatsächlichen Lebensstandard aufgedeckt werden. Die systematische Überwachung von Vermögensdeklarationen wurde 2016 durch die Einführung eines öffentlichen Registers für

¹ Forschungsprojekt »Civil Society against Corruption in Ukraine: Political Roles, Advocacy Strategies and Impact«, <https://www.universiteitleiden.nl/en/research/research-projects/humanities/civil-society-against-corruption-in-ukraine-political-roles-advocacy-strategies-and-impact>.

Vermögenserklärungen möglich, das für alle höheren Staatsdiener verpflichtend ist. Finden zivilgesellschaftliche Organisationen Hinweise auf Korruption in Entscheidungsprozessen, bei der Auftragsvergabe oder bei den Vermögenserklärungen, können sie Beschwerde bei den zuständigen Behörden einlegen, einschließlich der Staatsanwaltschaften und der Antikorruptionsbehörden des Landes, die diese Informationen zur Einleitung von Untersuchungen oder Strafverfahren verwenden können.

117 Organisationen engagieren sich im Bereich Aufklärung und Sensibilisierung (»awareness raising«). Einige Organisationen führen dafür Untersuchungen oder Kontrollen durch und machen die Ergebnisse öffentlich. Zum Beispiel hat eine Organisation aus Rivne Korruption bei der Erlangung von Führerscheinen untersucht und mithilfe von Medienpartnern an die Öffentlichkeit gebracht, woraufhin die Staatsanwaltschaft ein Verfahren einleitete. Für die meisten dieser Organisationen stellt Facebook die wichtigste Kommunikationsplattform dar. Daneben pflegen viele Antikorruptions-NGOs Beziehungen zu (lokalen) Medien, die ihre Informationen veröffentlichen.

44 Organisationen betreiben regelmäßig Lobbying. Ihre Bemühungen zielen in der Regel darauf ab, die Transparenz in der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen oder Integritätsmechanismen in Behörden zu stärken. Zum Beispiel entwickelte eine Organisation aus Kropywnykyj (bis 2016 Kirowohrad, Anm. d. Red.) eine ganze Reihe von Anti-Korruptionsrichtlinien für den Stadtrat. Und eine Organisation aus Tschernihiw setzte sich ebenfalls erfolgreich dafür ein, die dortigen Vorschriften so abzuändern, dass sie weniger anfällig für Missbrauch sind.

70 Organisationen setzen bei der Korruptionsbekämpfung auf direkten Aktivismus. Zu den häufigsten Formen zählen dabei die Einreichung von Klagen gegen korrupte Akteure (49 Organisationen) und die Organisation von Demonstrationen (25 Organisationen). Eine Organisation aus Chmelnyzkyj etwa forcierte und gewann schließlich auch eine Klage wegen illegaler Zahlungen in den städtischen Schulen. Von Antikorruptionsaktivisten organisierte Demonstrationen finden in den meisten Fällen vor der Stadtverwaltung oder dem Stadtrat statt. In der Regel laufen sie friedlich ab, vereinzelt drohen allerdings Gruppen – oft von (radikalen) Nationalisten oder Veteranen aus dem Konflikt im Osten des Landes angeführt, – mit Gewalt und wenden sie manchmal auch an, um ihre Ziele zu erreichen. In Krywyj Rih zum Beispiel beschlagnahmten und vernichteten Aktivisten Alkohol, der, geschützt von den lokalen Behörden, in Geschäften illegal verkauft worden war. In einem weiteren Beispiel zwangen Aktivis-

ten in Charkiw die Besitzer einer illegalen Tankstelle, ihr Geschäft einzustellen.

Im Bereich *capacity building* führen ukrainische Antikorruptionsorganisationen vor allem Schulungen durch und bilden gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen Koalitionen gegen Korruption. Auf nationaler Ebene stellt das *Reanimation Package of Reforms* (ein Netzwerk von mehr als 80 zivilgesellschaftlichen Organisationen, kurz RPR, Anm. d. Red.) einen effektiven Mechanismus dar, über den zivilgesellschaftliche Akteure, einschließlich Anti-Korruptionsaktivisten, in Beratungsprozesse mit politischen Entscheidungsträgern einbezogen werden. In mehreren Städten haben lokale Anti-Korruptionsaktivisten versucht, dem Beispiel des RPR zu folgen, manchmal mit Hilfe internationaler Partner. 52 Organisationen bieten Schulungen zu Korruptionsbekämpfung an, z. B. spezielle Schulungen für Mitglieder von Gemeinderäten und für Beamte in staatlichen Verwaltungen, um diese über Interessenkonflikte oder Vermögenserklärungen aufzuklären. Einige NGOs organisieren auch Schulungen für Aktivisten, z. B. zur Kontrolle von Beschaffungsvorgängen und Vermögensdeklarationen oder zur Durchführung von Antikorruptionsuntersuchungen.

Sechs Anti-Korruptionsorganisationen waren, auf staatliche Einladung, an einer Art Co-Governance beteiligt. So saß z. B. eine Organisation aus Tscherkassy einer Auswahlkommission für die Einstellung neuer Polizisten bei. Und eine Organisation aus dem westukrainischen Drohobytsch wurde mit der Einführung von E-Government-Lösungen zur Verringerung von Korruptionsopportunitäten beauftragt.

Das Ringen um Erfolge

Die Mehrheit der Vertreter regionaler Antikorruptionsorganisationen betont, wie schwierig es sei, mit ihrer Arbeit spürbare Wirkungen zu erzielen. Als Gründe dafür benennen sie den Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen, den mangelnden politischen Willen der lokalen Behörden zur Bekämpfung der Korruption, das passive Verhalten der Öffentlichkeit sowie die Einschüchterungsversuche seitens Behörden und anderer Akteure. Je nachdem, was auf dem Spiel steht, kann die Bekämpfung von Korruption gar lebensgefährlich sein. Das bekannteste Beispiel ist sicherlich das von der Antikorruptionsaktivistin Kateryna Handsjuk, die 2018 nach einem Säureanschlag verstarb. Es gibt viele weitere Fälle, bei denen Antikorruptionsaktivisten aufgrund ihrer Arbeit angegriffen wurden. Besonders in den Regionen werden sie bedroht, körperlich angegriffen, strafrechtlich verfolgt oder ihr Eigentum wird beschädigt.

Trotz dieser Gefahren und anderer Hürden gibt es auch viele Beispiele für die erfolgreiche Arbeit von

Antikorruptionsaktivisten. Diese lassen sich in die Bekämpfung (ex-post) und die Verhinderung (ex-ante) von Korruption unterteilen. Die befragten Organisationen haben insgesamt 193 Beispiele für ihre erfolgreiche Arbeit aufgezählt, darunter 134 Beispiele für ex-post-Maßnahmen und 59 Beispiele für ex-ante-Maßnahmen. Die meisten ex-post-Erfolge (52 Fälle) machen Fälle aus, in denen strafrechtliche Ermittlungen oder Verfahren gegen korrupte natürliche und juristische Personen auf Grundlage von Informationen von Aktivisten eingeleitet wurden. Mehrfach (22 Fälle) gelang es Aktivisten zudem, durch Hinweise oder Beschwerden öffentliche Aufträge zu annullieren. Die Befragten nannten außerdem insgesamt 16 Fälle, in denen korrupte Entscheidungen lokaler oder regionaler Behörden dank ihrer Bemühungen zurückgenommen worden seien. Eine Organisation aus Odesa zum Beispiel focht den Jahreshaushalt der Stadt erfolgreich an, weil dieser Korruptionsopportunitäten beinhaltete. Eine Organisation aus dem südkrainischen Marhanez erreichte, dass Vermögenswerte der Stadt, die von den Behörden illegal privatisiert worden waren, an die Stadt zurückgingen. Eine weitere oft erfolgreiche ex-post-Maßnahme (27 Fälle) ist die Entlassung korrupter Beamter. In Kropywnykyj zum Beispiel ist es den Bemühungen von Antikorruptionsaktivisten zu verdanken, dass korrupte Beamte, die für die öffentliche Daseinsvorsorge zuständig waren, entlassen wurden. Und in den Kleinstädten Ukrajinka und Swjatohirsk wurden die Bürgermeister infolge der Bemühungen von lokalen Antikorruptionsaktivisten aus ihren Ämtern entlassen.

Für erfolgreiche ex-ante-Maßnahmen gibt es wenige Beispiele. In den Gesprächen konnten insgesamt 59 Fälle identifiziert werden, in denen als Ergebnis der Bemühungen von Antikorruptionsaktivisten Gesetze oder Regelungen zum Zwecke der Korruptionsprävention geändert oder angenommen wurden. In sieben Gemeinden der Oblast Iwano-Frankiwsk wurden beispielsweise Antikorruptionsinstrumente eingeführt, nachdem eine Organisation aus Iwano-Frankiwsk Schulungen zum Thema Integrität in der öffentlichen Verwaltung durchgeführt hatte. Ähnlich verhielt es sich in Chmelnyzkyj, wo eine NGO durch gezielte Lobbyarbeit beim Stadtrat die Verabschiedung einer neuen Verordnung über Interessenkonflikte erreichte. Eine Organisation aus Cherson setzte sich erfolgreich für mehr Transparenz bei öffentlichen Ausschreibungen der städtischen Hochschulen ein. Und in mehreren Städten, darunter Charkiw, Cherson, Chmilnyk, Sjewerodonezk und Tschuhujiw, konnten Aktivisten die lokalen Behörden davon überzeugen, die Schwelle für die Nutzung des elektronischen Beschaffungssystems ProZorro zu senken.

Wege zum Erfolg

Einige NGOs haben große Probleme, sichtbare Wirkungen im Kampf gegen Korruption zu erzielen, während andere Organisationen mit ihren Antikorruptionsbemühungen offensichtlich sehr erfolgreich sind. Wie lässt sich das erklären?

Antikorruptionsorganisationen, die außerhalb der Hauptstadt Kiew arbeiten, bestehen meist nur aus kleineren Gruppen von Aktivisten; in einer beträchtlichen Anzahl der Fälle stützt sich die Arbeit gar auf das Engagement einer einzelnen Person. Dadurch fehlen diesen Organisationen häufig die Expertise und die fachlichen Fähigkeiten, die für effektive Maßnahmen erforderlich sind. Während der personelle Engpass vorrangig die außerhalb Kiews tätigen Antikorruptions-NGOs betrifft, gibt es hinsichtlich der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel große Unterschiede. Während einige Organisationen nicht mehr zur Verfügung haben als die Beiträge ihrer Mitglieder, erhalten andere externe Zuwendungen internationaler Organisationen und westlicher Regierungen, wie etwa vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), von der Renaissance-Stiftung (dem ukrainischen Ableger des Open Society Netzwerks, Anm. d. Red.), der Agentur der USA für Internationale Entwicklung (USAID) oder aus Förderprogrammen nationaler Botschaften in der Ukraine. Die Zuschüsse ausländischer Geldgeber sind jedoch meistens gering und befristet und erlauben es daher in der Regel nicht, mit den Gehältern der Privatwirtschaft zu konkurrieren und festes Personal einzustellen. Das hat auch negative Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der Aktivitäten: Nach Ablauf der Förderung wird die Antikorruptionsarbeit in den meisten Fällen unterbrochen. Nur wenige NGOs erhalten zeitgleich mehrere Zuschüsse. In einigen Fällen gibt es jedoch auch längerfristige Zuschüsse für die institutionelle Entwicklung, was es diesen Organisationen ermöglicht, mehrere Personen zu beschäftigen, Aktivitäten über die Projektzeiträume hinaus zu planen und Ressourcen in die weitere Mittelbeschaffung zu investieren.

Die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland ist Segen und Fluch zugleich, denn neben den offensichtlich positiven Effekten wird diese oft wegen der Untergrabung der Idee von Graswurzelbewegungen kritisiert. Studien zum Antikorruptionsaktivismus deuten darauf hin, dass Basisinitiativen, die auf bestehenden Netzwerken aufbauen, effektiver sind als andere Initiativen. Unter den Antikorruptionsorganisationen in den ukrainischen Regionen, die keine Mittel aus dem Ausland erhalten, verfügen einige über sehr solide Basisbewegungen. Einer Organisation von Mitarbeitern aus einem der größten Unternehmen Mariupols gelang es beispielsweise, im eigenen Unternehmen Korruption aufzude-

cken und das Bewusstsein für Korruption zu schärfen. In einem weiteren Fall gewann eine von lokalen Fischern gegründete Organisation aus Ternopil, die sich mit Wilderei und anderen Formen der illegalen Nutzung von Gewässern befasst, eine Reihe von Gerichtsverfahren. Was solche Basisinitiativen gemeinsam haben, ist ihre klare inhaltliche Ausrichtung, die meist auf dem persönlichen oder beruflichen Hintergrund ihrer Aktivistinnen beruht. Gemeinsam ist ihnen weiterhin auch, dass sie keine ausländischen Mittel erhalten. Während ihr basisorientierter Ansatz ihre Möglichkeiten stärkt, Wirkung zu entfalten, schränkt der Mangel an materiellen Ressourcen zugleich ihre Effektivität ein. Ohne finanzielle Zuschüsse aus dem Ausland haben Basisorganisationen meist nicht genügend Ressourcen, um Personal einzustellen, Berater zu engagieren, Anwaltskosten zu übernehmen oder Materialien zu drucken. Die Graswurzelnatur solcher Organisationen ist daher Stärke und Herausforderung zugleich.

Landesweit gibt es große Unterschiede, was den politischen Willen der lokalen und regionalen Behörden angeht, Korruption zu bekämpfen. Ob die Haltung zu Korruption der lokalen Behörden mit jener der Antikorruptionsaktivisten übereinstimmt, hat erhebliche Auswirkungen auf die Advocacy-Strategien, die Aktivistinnen verfolgen. Besteht seitens der lokalen Behörden politischer Wille zur Korruptionsbekämpfung, setzen die NGOs eher auf konfrontationsfreie Methoden, z. B. das Eintreten für bestimmte Gesetze und Vorschriften. Einige Organisationen erzielen bemerkenswerte Ergebnisse durch politisches Lobbying, wie Beispiele aus Kropywnyzyk und Dnipro belegen, wo die Stadtverwaltungen eine Reihe von Antikorruptionsvorschriften übernahmen, die von Aktivistinnen ausgearbeitet und vorgeschlagen worden waren. Ein weiteres Beispiel ist die Einrichtung eines Integritätsbüros beim Stadtrat von Luzk. Der politische Wille, Korruption zu bekämpfen, ermöglicht auch konkrete Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zwischen Antikorruptionsorganisationen und städtischen Behörden, z. B. in Form von Co-Governance oder der Teilnahme an Expertenräten. Wo die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden hingegen nicht möglich ist, bleibt den Antikorruptionsorganisationen oft keine andere Wahl, als auf konfrontative Methoden zu setzen. Dazu zählen die Überwachung von

(potenziell) korrupten Akteuren, die Sensibilisierung für Korruption von lokalen und regionalen Politikern und Beamten, die Organisation von Demonstrationen bis hin zur Einreichung von Klagen. Dadurch haben Antikorruptionsorganisationen in verschiedenen Regionen der Ukraine teilweise erhebliche Erfolge erzielt. Generell führen jedoch eher nicht-konfrontative Methoden zu substanziellen und nachhaltigen Ergebnissen.

Fazit

Es gibt zahlreiche Beispiele für die erfolgreiche Arbeit von Antikorruptionsaktivisten in den ukrainischen Regionen, die belegen, dass diese eine ernstzunehmende Kraft für Veränderungen sein können. In ihrem Ringen um Einfluss stehen sie jedoch vor zwei zentralen Herausforderungen. Erstens fehlt es vielen NGOs an ausreichenden finanziellen und personellen Mitteln. Zweitens fehlt vielen Organisationen eine solide Unterstützerbasis. Sie sind weit entfernt vom Idealtypus gesellschaftlich gewachsener NGOs, die die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Die meisten von ihnen sind stattdessen abhängig vom Engagement einiger weniger – in der Regel zwischen einem bis fünf – Aktivistinnen. Da sie über keine substanzielle Unterstützerbasis verfügen, können Antikorruptionsorganisationen, wie viele anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Ukraine auch, keine breite gesellschaftliche Unterstützung mobilisieren, weshalb ihnen oft mangelnde Legitimität vorgeworfen wird. Die effektivsten Antikorruptions-NGOs zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine dieser beiden Herausforderungen gelöst haben: Einige Organisationen haben langfristige Finanzierungsquellen aufgetan, in der Regel internationale Förderer. Das ermöglicht ihnen eine solide Personalausstattung, den Erwerb von professionellen Dienstleistungen und überjährige Planungssicherheit. Andere Organisationen verfügen über eine solide Graswurzelbasis und können mithilfe dieser Unterstützung ihre Wirkung entfalten. Letztlich ist der politische Wille der lokalen Behörden ein wichtiger Faktor: Wo politischer Wille zur Bekämpfung von Korruption vorhanden ist, können Antikorruptionsaktivisten effektiver arbeiten und nachhaltigere Ergebnisse erzielen.

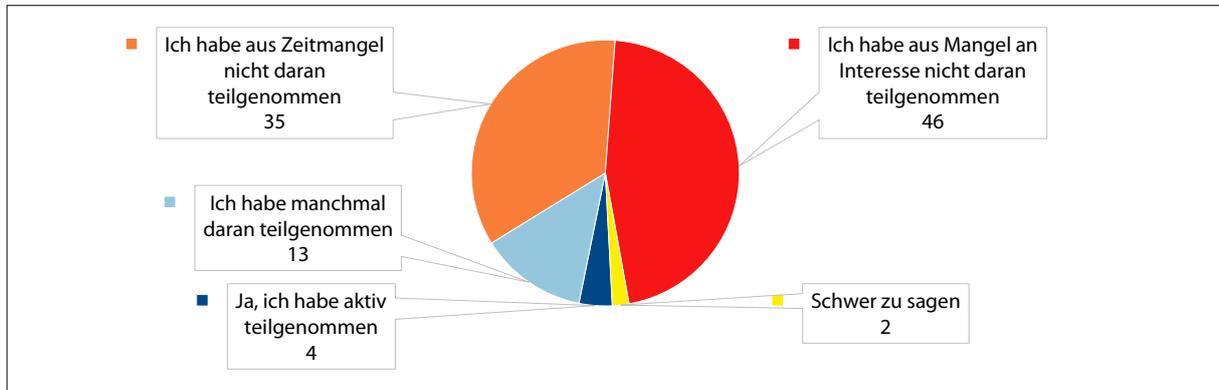
Über den Autor:

Dr. Max Bader ist Dozent im Fachbereich Russland- und Osteuropastudien der Universität Leiden. Seine Forschungsinteressen umfassen Wahlen, Korruption, Autoritarismusforschung und Demokratisierung. Er ist Leiter des Forschungsprojekts »Civil Society against Corruption in Ukraine: Political Roles, Advocacy Strategies, and Impact«, auf dessen vorläufigen Ergebnissen der vorliegende Beitrag basiert. Das Projekt wird von der nationalen niederländischen Wissenschaftsorganisation (NWO) finanziert und gemeinsam mit dem Anti-Corruption Research and Education Centre (ACREC) der Nationalen Universität Kiewer-Mohyla-Akademie durchgeführt.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

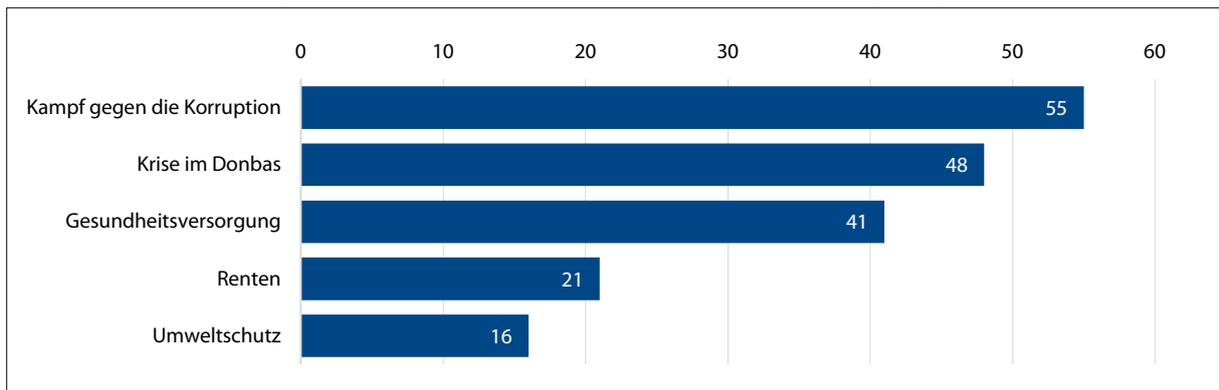
Meinungsumfragen zu Korruption

Grafik 1: Haben Sie im letzten Jahr an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten teilgenommen? (in %)



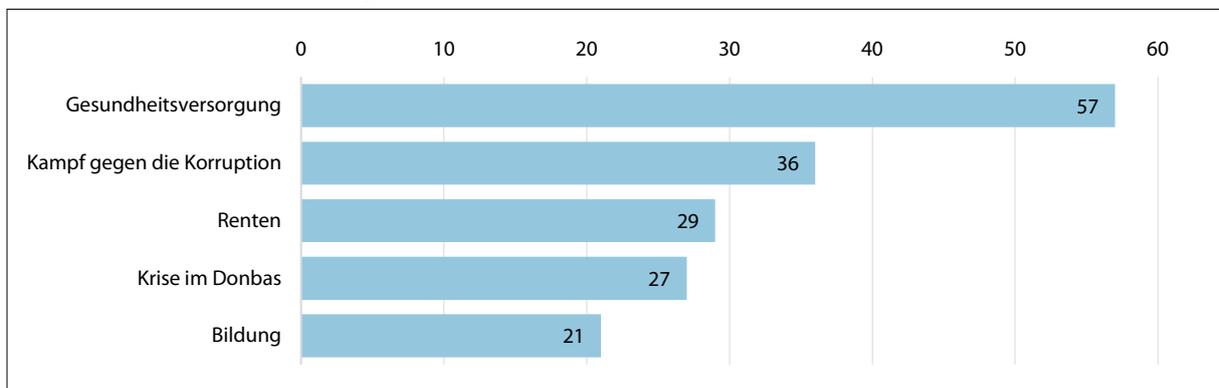
Quelle: Democratic Initiatives Foundation: *Civil Activism and Attitudes to Reform: Public Opinion in Ukraine*, 08.10.2019, https://dif.org.ua/en/article/civil-activism-and-attitudes-to-reform-public-opinion-in-ukraine_5.

Grafik 2: Was sind die größten Problem für die Ukraine heute? (die fünf am häufigsten genannten Antworten, in %)

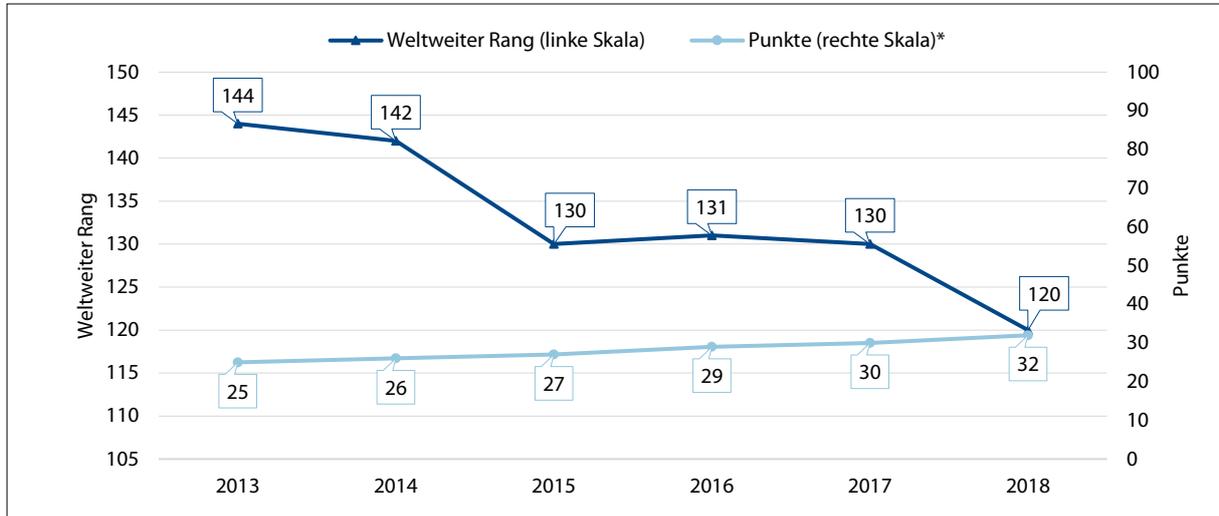


Quelle: Democratic Initiatives Foundation: *Civil Activism and Attitudes to Reform: Public Opinion in Ukraine*, 08.10.2019, https://dif.org.ua/en/article/civil-activism-and-attitudes-to-reform-public-opinion-in-ukraine_5.

Grafik 3: Was sind aktuell die größten Probleme für Sie und Ihre Familie? (in %)

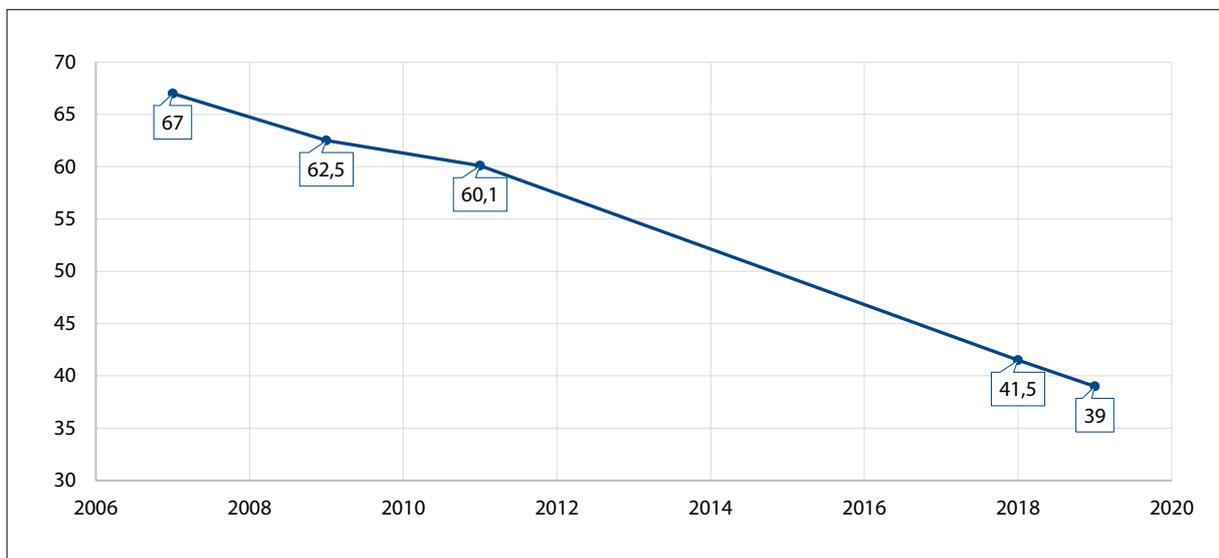


Quelle: Democratic Initiatives Foundation: *Civil Activism and Attitudes to Reform: Public Opinion in Ukraine*, 08.10.2019, https://dif.org.ua/en/article/civil-activism-and-attitudes-to-reform-public-opinion-in-ukraine_5.

Grafik 4: Die Ukraine im Corruption Perceptions Index von Transparency International

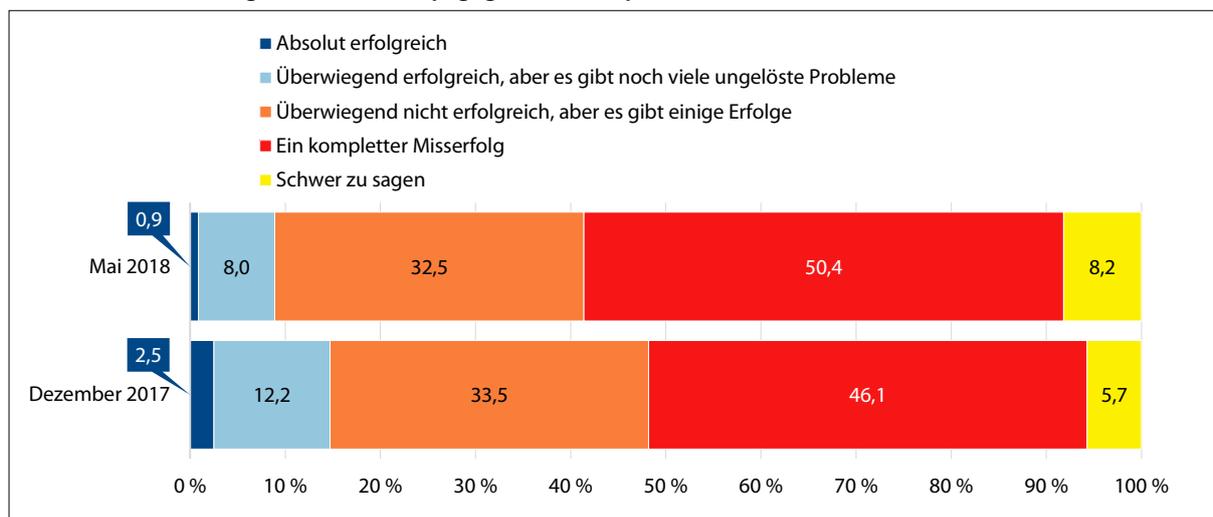
*Skala von 0 (hohes Maß an wahrgenommener Korruption) bis 100 (keine wahrgenommene Korruption)

Quelle: https://ti-ukraine.org/en/ti_format/research/corruption-perception-index/

Grafik 5: Anteil von Personen, die selbst bzw. deren Familienangehörige mit Korruption konfrontiert waren (2007–2019, in %)

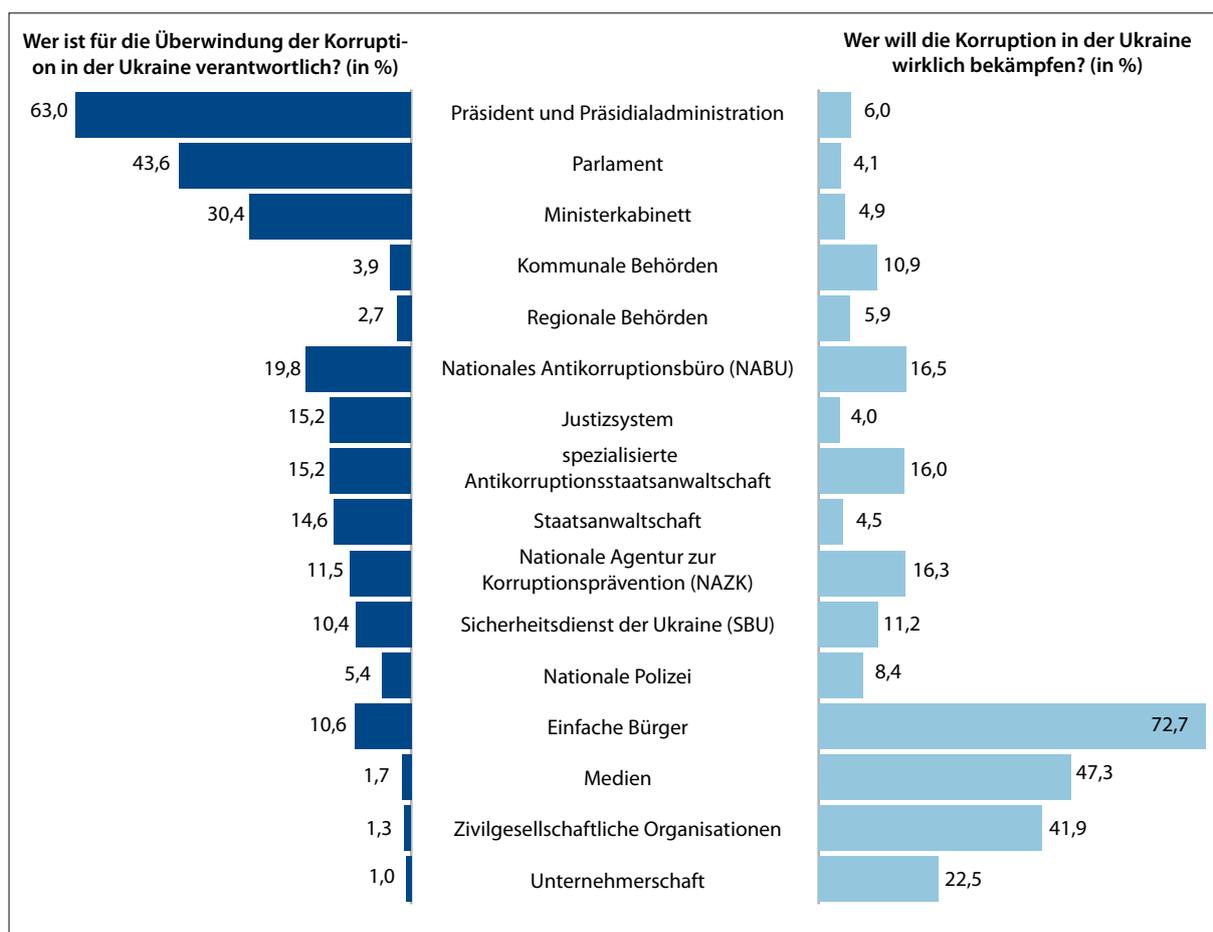
Quelle: PACT: Korruption in der Ukraine. Wahrnehmung, Erfahrung, Zusammenhänge. Analyse nationaler Meinungsumfragen 2015–2018; Democratic Initiatives Foundation: Civil Activism and Attitudes to Reform: Public Opinion in Ukraine, 08.10.2019, https://dif.org.ua/en/article/civil-activism-and-attitudes-to-reform-public-opinion-in-ukraine_5.

Grafik 6: Wie erfolgreich ist der Kampf gegen die Korruption in der Ukraine? (in %)



Quelle: Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation und Razumkov Center, *The fight against corruption in Ukraine: public opinion, 2018*

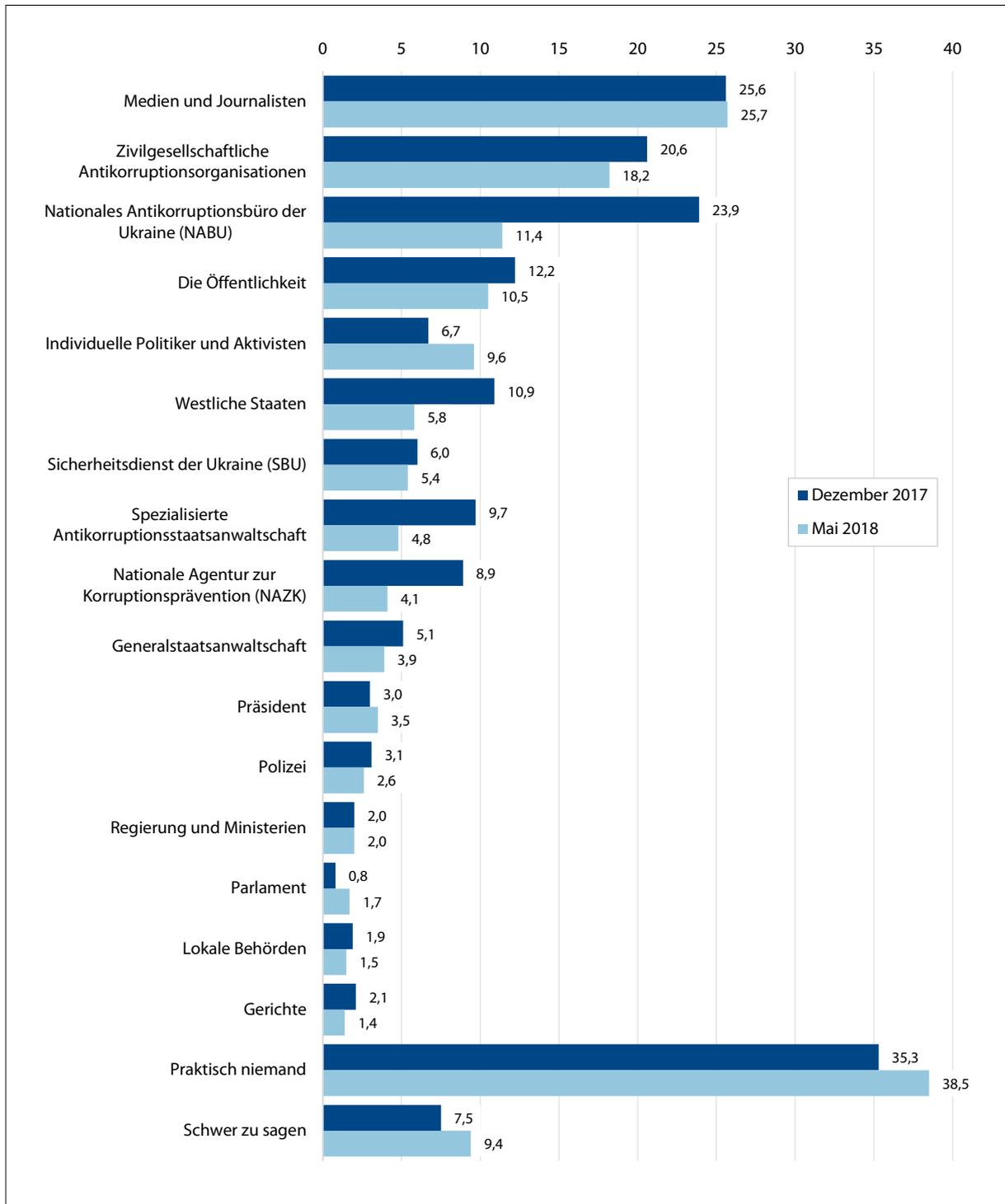
Grafik 7: »Wer für die Korruptionsbekämpfung verantwortlich ist, will nicht wirklich handeln«



Anm.: Mehrfachnennung möglich.

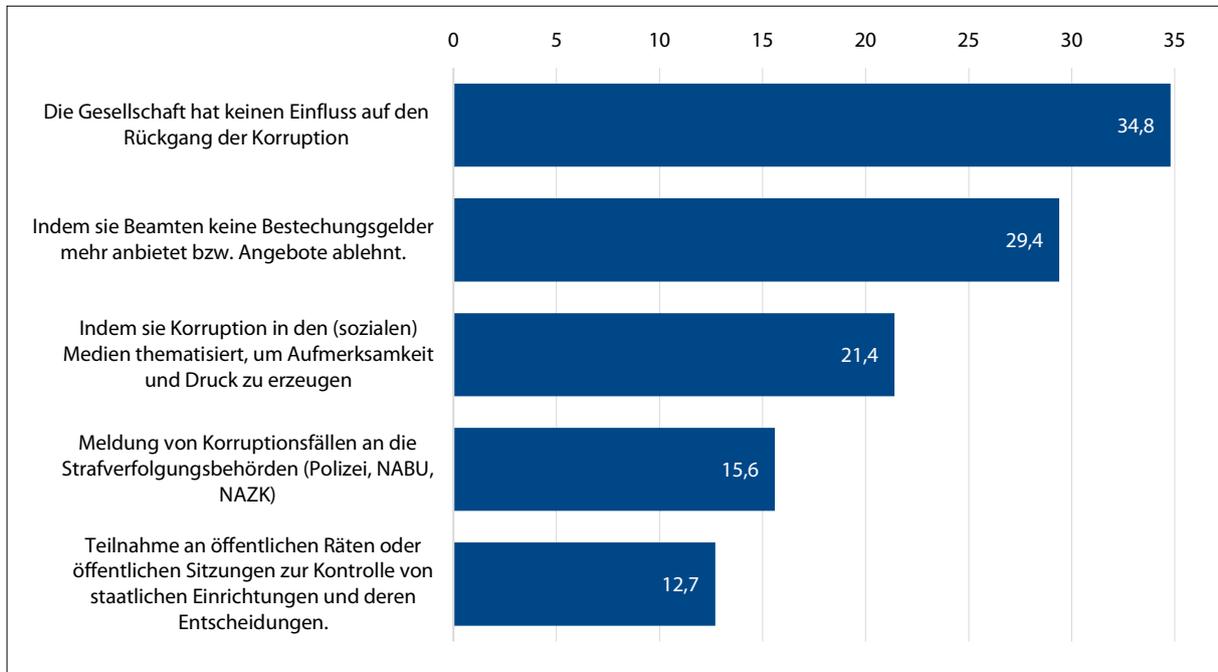
Quelle: PACT: *Korruption in der Ukraine. Wahrnehmung, Erfahrung, Zusammenhänge. Analyse nationaler Meinungsumfragen 2015–2018.*

Grafik 8: Wer ist in der Ukraine am aktivsten im Kampf gegen die Korruption?
(Mehrfachnennung möglich, Angaben in %)



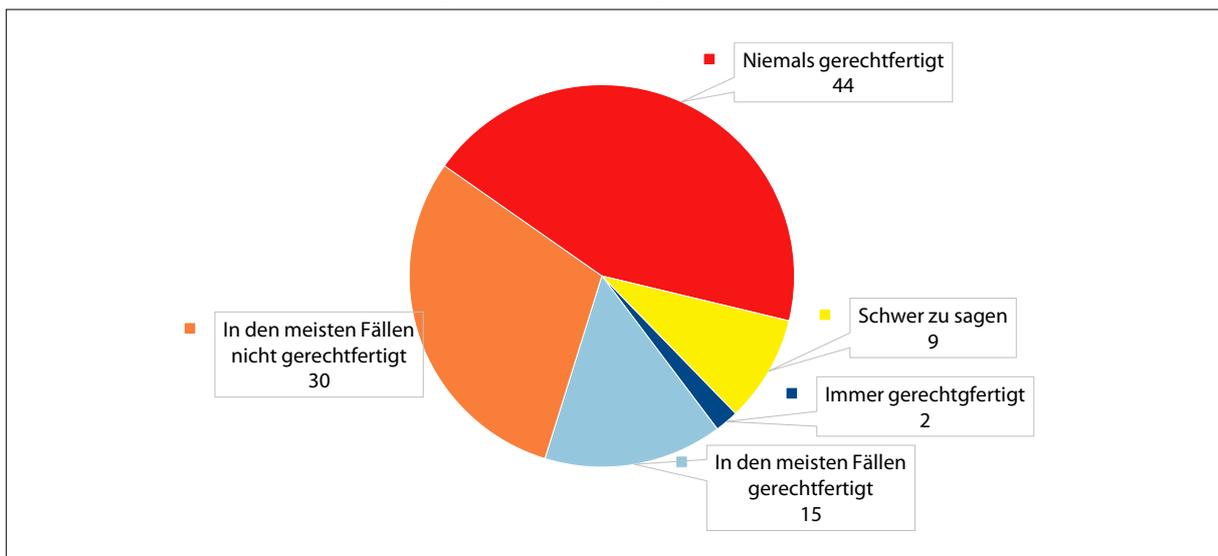
Quelle: Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation und Razumkov Center, *The fight against corruption in Ukraine: public opinion, 2018*

Grafik 9: Durch welche der folgenden Maßnahmen kann die Gesellschaft auf den Rückgang der Korruption hinwirken? (in %)

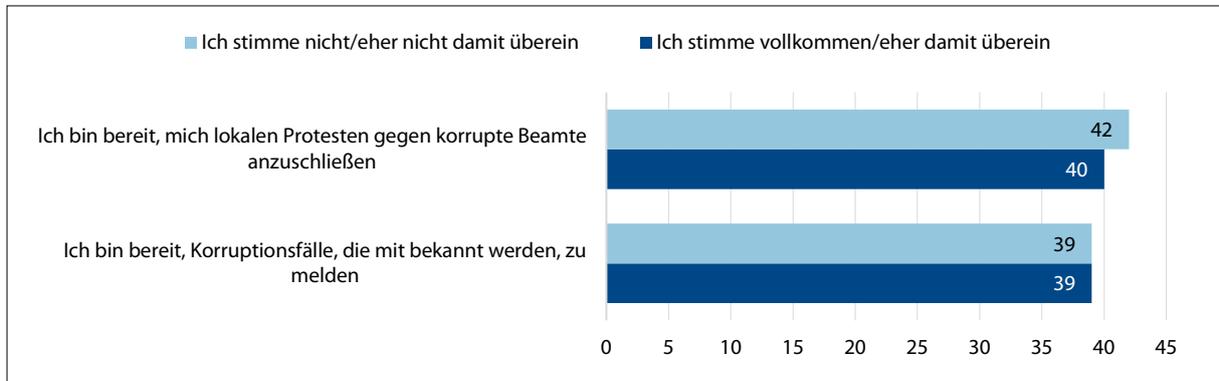


Quelle: PACT: Korruption in der Ukraine. Wahrnehmung, Erfahrung, Zusammenhänge. Analyse nationaler Meinungsumfragen 2015–2018.

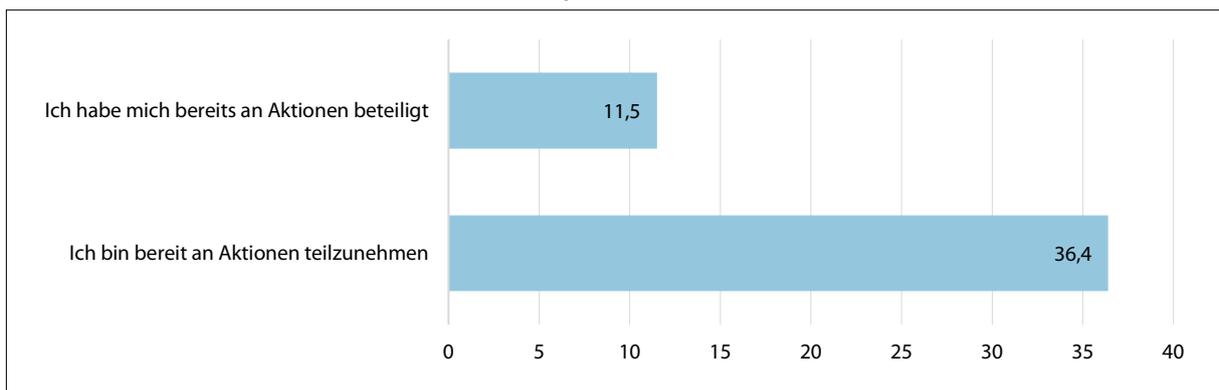
Grafik 10: Glauben Sie, dass Bestechungsgelder, inoffizielle Dienstleistungen oder Geschenke gerechtfertigt sein können, wenn sie zur Lösung eines für Sie wichtigen Problems notwendig sind? (in %)



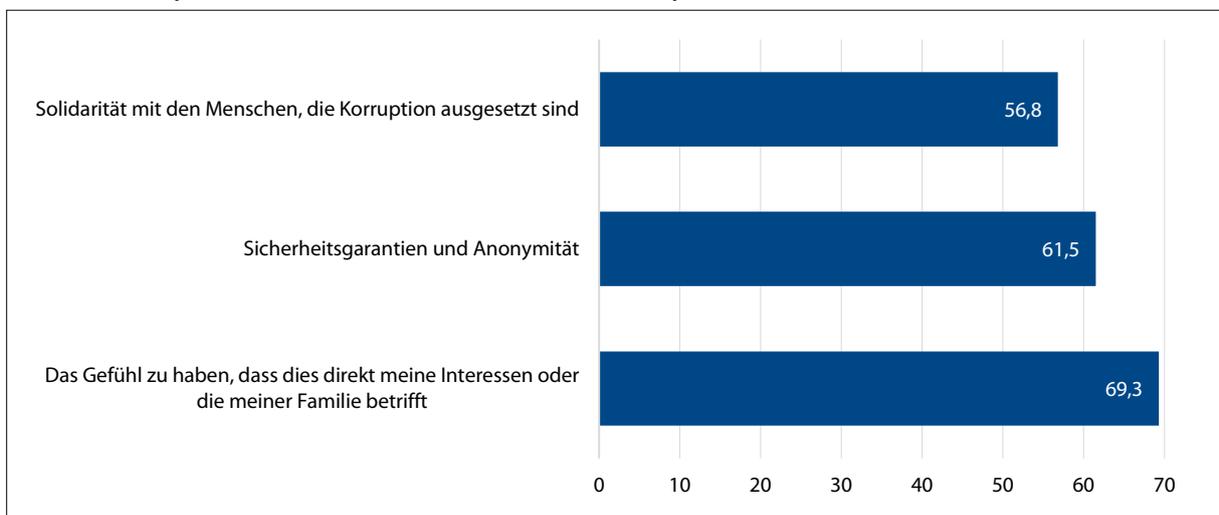
PACT: Public opinion survey to assess the changes in citizen's awareness of civil society and their activities, 2019.

Grafik 11: Stimmen Sie mit den folgenden Aussagen überein? (in %)

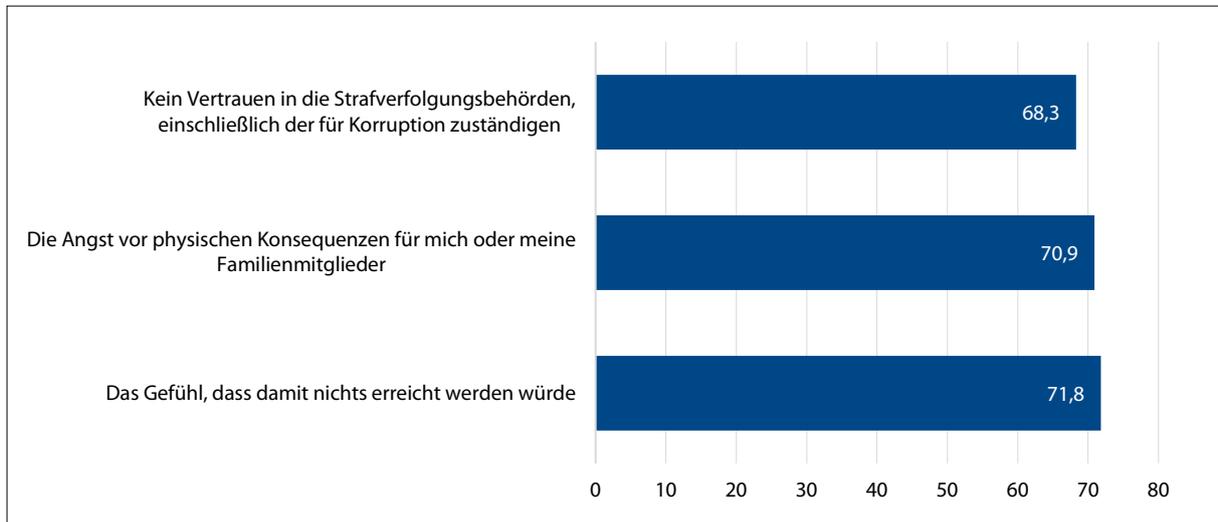
Quelle: Democratic Initiatives Foundation: *Civil Activism and Attitudes to Reform: Public Opinion in Ukraine*, 08.10.2019, https://dif.org.ua/en/article/civil-activism-and-attitudes-to-reform-public-opinion-in-ukraine_5.

Grafik 12: Bereitschaft zur Teilnahme an Antikorruptionsmaßnahmen und tatsächliche Teilnahme (in %)

Quelle: PACT: *Korruption in der Ukraine. Wahrnehmung, Erfahrung, Zusammenhänge. Analyse nationaler Meinungsumfragen 2015–2018*.

Grafik 13: Top-3 Faktoren, die für die Teilnahme an Antikorruptionsaktivitäten förderlich sind (in %)

Quelle: PACT: *Korruption in der Ukraine. Wahrnehmung, Erfahrung, Zusammenhänge. Analyse nationaler Meinungsumfragen 2015–2018*.

Grafik 14: Top-3 Faktoren, die für die Teilnahme an Antikorruptionsaktivitäten hinderlich sind (in %)

Quelle: PACT: Korruption in der Ukraine. Wahrnehmung, Erfahrung, Zusammenhänge. Analyse nationaler Meinungsumfragen 2015–2018.

ANALYSE

Das Oberste Antikorruptionsgericht der Ukraine und die Gesetzesinitiativen von Präsident Selenskyj zur Bekämpfung der Korruption

Von Halyna Kokhan (EU Anti-Corruption Initiative in Ukraine, Kiew)

Zusammenfassung

Seit der Revolution der Würde haben die politischen Eliten in der Ukraine die Forderung der Gesellschaft, Korruption zu bekämpfen, verstanden und versuchen sie zu erfüllen. Dieser Forderung entsprechen auch die Verpflichtungen zur Korruptionsbekämpfung gegenüber der EU und dem IWF. Während Poroschenkos Präsidentschaft war der Kampf gegen die Korruption durch die Schaffung einer neuen Infrastruktur zur Korruptionsbekämpfung gekennzeichnet. Präsident Selenskyj hat seinen Kampf gegen die Korruption mit dem offiziellen Start des Obersten Antikorruptionsgerichts begonnen und versucht nun durch mehrere Gesetzesinitiativen, institutionelle und rechtliche Hürden zu beseitigen, damit die bereits bestehende Antikorruptionsinfrastruktur effektiv und effizient arbeiten kann. Es ist noch zu früh, um über die Resultate von Selenskyjs Antikorruptionsbemühungen zu sprechen, aber die ersten Schritte weisen in die richtige Richtung.

Das Oberste Antikorruptionsgericht

Das Oberste Antikorruptionsgericht (High Anti-Corruption Court, HACC) ist der finale Bestandteil des institutionellen Rahmens zur Bekämpfung der Korruption in der Ukraine. Die anderen Teile wurden bereits 2014 mit der Verabschiedung eines Gesetzespakets zur Korruptionsbekämpfung geschaffen: das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU), das strafrechtliche Ermittlungen gegen hochrangige Beamte und Politiker durchführt; eine Sonderstaatsanwaltschaft, die eigens für

Korruptionsbekämpfung zuständig ist, und die Nationale Agentur für Korruptionsprävention (NAZK), die sich der Korruptionsprävention widmet. Ursprünglich wurde davon ausgegangen, dass die NABU-Fälle vor den normalen Gerichten verhandelt werden könnten. Nachdem jedoch erste größere NABU-Fälle vor Gericht versandeten und sich immer wieder verzögerten, wurde offensichtlich, dass es ohne eine Reform der Justiz, insbesondere der Gerichte in erster Instanz, nicht möglich sein würde, die Antikorruptionsreform voranzutreiben.

Die Einrichtung eines Gerichtes für Fälle hochrangiger korrupter Beamter war eine zentrale Forderung der internationalen Gemeinschaft und Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit der Ukraine. Die Schaffung eines Obersten Antikorruptionsgerichts war eine der Verpflichtungen, die die Ukraine gegenüber der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eingegangen ist. Alle internationalen Partner, einschließlich der Venedig-Kommission, erklärten nachdrücklich, dass die Auswahl der HACC-Richter in einem transparenten Verfahren erfolgen sollte. Die Auswahl der Richter erfolgte zwischen August 2018 und April 2019. Eine Besonderheit war, dass der Auswahlprozess erstmals in der Geschichte der Ukraine unter Mitwirkung internationaler Experten stattfand – dem aus sechs international renommierten Experten bestehenden Public Council of International Experts, kurz PCIE –, was sich letztlich als erfolgreich und produktiv erweisen sollte. Die Beteiligung des PCIE an diesem Prozess war die wichtigste Forderung der Zivilgesellschaft und internationaler Organisationen, um die Unabhängigkeit des Gerichtes und die Integrität der neuen Richter zu gewährleisten. Anhand mehrerer Bewertungskriterien wie Integrität, Ethik, Erfahrungen, Qualifikationen wurden vom PCIE letztlich 38 Richter ausgewählt und ernannt. Das Gericht besteht aus zwei Instanzen: dem HACC als Gericht erster Instanz mit 27 Richtern und der Berufungskammer mit 11 Richtern. Das Kassationsgericht am Obersten Gerichtshof der Ukraine fungiert als Kassationsinstanz.

Am 11. April 2019 ernannte Präsident Poroschenko die Richter des Obersten Antikorruptionsgerichts offiziell, und am 7. Mai 2019 hielt der Gerichtshof seine erste Sitzung ab und wählte Olena Tanasewytsch zu seiner Vorsitzenden. Am 5. September 2019 nahm das Gericht seine Arbeit offiziell auf.

Mitte September verabschiedete das Parlament Gesetzentwurf Nr. 1025 zur Klärung der Zuständigkeit des HACC. Hintergrund war, dass eine Überlastung drohte, da theoretisch alle landesweiten Korruptionsfälle (das wären rund 3.500 an der Zahl) in die Zuständigkeit des Antikorruptionsgerichts hätten übertragen werden können. Gesetz Nr. 1025 limitierte die Zuständigkeit des HACC lediglich auf die vom NABU behandelten Korruptionsfälle.

Die Anti-Korruptionsagenda war ein zentrales Thema des Wahlkampfes von Präsident Wolodymyr Selenskyj und seiner Partei »Diener des Volkes«, die eine absolute Mehrheit bei den jüngsten Parlamentswahlen erreichte. Diese Agenda lässt sich auf einige von Selenskyjs engen Mitstreitern zurückführen: den ehemaligen Anti-Korruptionsberater und aktuellen Generalstaatsanwalt Ruslan Rjaboschapka und die ehemaligen

Antikorruptionsaktivistinnen Anastasija Krasnosilka, jetzt Leiterin des Ausschusses für Korruptionsbekämpfung, und Halyna Jantschenko, inzwischen stellvertretende Vorsitzende der Fraktion von »Diener des Volkes«. Nach den Wahlen gingen sie in die Politik in der Hoffnung, die Antikorruptionsreformen von innen heraus voranzutreiben. Einige Initiativen zur Korruptionsbekämpfung, deren Verabschiedung das vorherige Parlament versäumt hatte, wurden von ihnen wieder auf die aktuelle politische Agenda gerückt. Daher kann die Zeit nach den Parlamentswahlen 2019 als fruchtbar für die Korruptionsbekämpfung angesehen werden. Unter Präsident Selenskyj wurden neue Gesetzesinitiativen initiiert, die bereits verabschiedet worden sind oder kurz davor stehen, verabschiedet zu werden. Im Folgenden werden einige der wichtigsten Gesetzesinitiativen analysiert.

Gesetzentwurf über den Neustart der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention (Nr. 1029)

Bereits 2017 wurde offensichtlich, dass die Nationale Agentur zur Korruptionsprävention nicht dazu in der Lage war, ihrer Arbeit effektiv nachzukommen. Zu tief war sie in politische Kämpfe verwickelt und zu abhängig von Anweisungen der Präsidialverwaltung. Das führte zu vielfältigen Missständen in der Institution und letztlich zu ihrer Ineffizienz.

Am 29. August 2019 legte Präsident Selenskyj einen Entwurf für das Eilgesetz Nr. 1029 »Über Änderungen bestimmter Gesetze der Ukraine zur Gewährleistung der Wirksamkeit eines institutionellen Mechanismus zur Korruptionsprävention« vor, der am 2. Oktober 2019 vom Parlament verabschiedet und am 16. Oktober vom Präsidenten unterzeichnet wurde.

Das Gesetz enthält sehr weitreichende und positive Änderungen. Der Schwerpunkt liegt auf den derzeit größten Herausforderungen im Bereich der Korruptionsprävention. So erlaubt es der Gesetzentwurf, die Nationale Agentur für Korruptionsprävention neu zu starten, indem das Management neu besetzt werden soll: Mit Inkrafttreten des Gesetzes wird die Leitung unverzüglich entlassen (das Gesetz trat am 18. Oktober in Kraft, Anm. d. Red.). Das Ministerkabinett ernannte am 21. Oktober Natalija Nowak zur vorläufigen amtierenden Leiterin der NAZK für einen Zeitraum von 60 Tagen und leitete das Auswahlverfahren für den neuen Leiter ein. Wie beim Auswahlprozess der Richter für das Oberste Antikorruptionsgericht, der als transparentester, demokratischster und erfolgreichster Auswahlprozess im Öffentlichen Dienst und im Justizwesen der letzten Jahre gilt, sollen auch bei der Neubesetzung der NAZK internationale Experten eine wichtige Rolle ein-

nehmen: Mindestens 50 Prozent der Stimmen, die für die Wahl zum neuen Leiter benötigt werden, müssen von den internationalen Kommissionsmitgliedern stammen.

Weiterhin sieht das Gesetz vor, dass die NAZK einen automatisierten Zugang zu den Datenbanken des Justizministeriums bekommt, einschließlich des Einheitlichen Registers juristischer Personen und privater Unternehmer, des Eigentumsregisters und des Zivilrechtsregisters. Bisher hatte die Agentur keinen Zugriff darauf, was ein großes Problem für die vom NAZK durchgeführten Überprüfungen der elektronischen Vermögensdeklarationen (E-Deklaration) war. Darüber hinaus erhält die NAZK das Recht, zusätzliche Erklärungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bürgern und Wirtschaftsunternehmen anzufordern, wenn eine vollständige Prüfung der elektronischen Vermögensdeklarationen erforderlich ist. Die Überprüfungsfunktion der NAZK wird weiterhin durch den erleichterten Zugang zu Registrierungsunterlagen, zu Kontoführungsunterlagen und zu notariellen Unterlagen gestärkt. Darüber hinaus soll die Agentur ein spezielles Verfahren für die Überprüfung von E-Deklarationen für Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) und des Auslandsnachrichtendienstes (SZR) einrichten, die bisher nur eingeschränkt durchleuchtet werden.

Ein zentraler Punkt in dem Gesetz ist außerdem, dass das NABU, als wichtigste Ermittlungsbehörde für politische Korruptionsfälle, wieder direkten und automatisierten Zugriff auf die elektronische Datenbank mit Vermögensdeklarationen erhält, der ihr 2017 entzogen worden war. Außerdem wird der Kreis der Personen, die elektronische Vermögensdeklarationen abgeben müssen erweitert, zum Beispiel um die Assistenten von Richtern und Mitarbeitern des Präsidentenbüros, die beide als korruptionsgefährdende Gruppen gelten. Hingegen werden alle Mitglieder von öffentlichen Räten sowie nicht dauerhaft in der Ukraine lebende Ausländer, die z. B. in Aufsichtsräten und ähnlichen Gremien tätig sind, von der verpflichtenden Abgabe von Vermögensdeklarationen befreit.

Auch das externe Auditverfahren der Agentur wird erheblich geändert. Anstelle der drei »Auditoren«, die vom Ministerkabinett, dem Parlament und dem Präsidenten entsendet werden, erhalten nun internationale Organisationen das Recht, alle zwei Jahre drei Experten für das Auditing zu benennen. Im Falle eines negativen Audits kann der Leiter der Agentur vor Ablauf der Amtszeit entlassen werden.

Am Rande sei noch angemerkt, dass die im März 2017 verabschiedete und international heftig kritisierte Verpflichtung für Antikorruptionsaktivisten, elektronische Vermögensdeklarationen abzugeben, noch vor Selenskyjs Gesetzesinitiative gekippt wurde: Das Verfassungsgericht der Ukraine erklärte diesen Passus bereits am 6. Juni 2019 für verfassungswidrig.

Gesetzentwurf über die illegale Bereicherung (Nr. 1031)

Erst 2015 wurde die strafrechtliche Verantwortung für illegale Bereicherung in die ukrainische Gesetzgebung aufgenommen. Es war damals eine an den Aktionsplan zur Visa-Liberalisierung geknüpfte Forderung der EU sowie eine der zentralen Verpflichtungen der Ukraine gegenüber dem IWF.

Nach einem Beschluss des ukrainischen Verfassungsgerichts vom 26. Februar 2019 wurde der entsprechende Artikel im Strafbuch der Ukraine »Über die illegale Bereicherung Nr. 368-2« wieder gekippt. Als direkte Folge dieser umstrittenen Entscheidung wurden in 65 Fällen die Ermittlungen des NABU eingestellt, die nun auch nicht wieder aufgenommen werden dürfen. Im selben Monat legte der damalige Präsident Poroschenko einen Gesetzentwurf vor, um die strafrechtliche Haftung für illegal Bereicherung neu zu regeln. Der Entwurf wurde jedoch von der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen heftig kritisiert, da er noch schlechter sei als der des ehemaligen Präsidenten Janukowytch. Poroschenkos Gesetzesentwurf wurde schließlich im März 2019 zurückgezogen, was den Weg für eine neue Initiative freimachte.

Am 29. August 2019 legte der neue Präsident Wolodymyr Selenskyj im Eilverfahren Gesetzentwurf Nr. 1031 vor, der unter anderem illegale Bereicherung und die Beschlagnahmung von durch Korruption angelegte Vermögenswerte wieder strafrechtlich sanktionierte. Der Gesetzentwurf wurde am 11. September in erster Lesung verabschiedet. Seither gab es mehrere Versuche, ihn auf die parlamentarische Agenda zu nehmen, aber vor allem die geplante Beschlagnahmung wird von einer Mehrheit der Abgeordneten kritisch gesehen und gilt als Hürde für die endgültige Verabschiedung. Vor Kurzem wurde der Gesetzentwurf mit einer Reihe von Änderungen an die zuständigen Ausschüsse zurückgegeben.

Das Gesetz wäre, wenn es angenommen werden würde, sehr progressiv und von großem Mehrwert. Experten bescheinigen dem aktuellen Entwurf, dass er nicht nur im Einklang mit ukrainischen Gesetzen sei, sondern auch mit den europäischen Menschenrechtsstandards und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (einige Kritiker warfen dem Gesetz vor, nicht rechtskonform zu sein, Anm. d. Red.).

In der ersten Lesung wurde illegale Bereicherung definiert als die Differenz zwischen den erworbenen Vermögenswerten und dem legal erwirtschafteten Jahreseinkommen. Illegale Bereicherung läge vor, wenn diese Differenz das 15.000-fache des steuerfreien Mindesteinkommens beträgt. Der Parlamentsausschuss für Korruptionsbekämpfung senkte nach der ersten Lesung

den Schwellenwert auf 6.500 steuerfreie Mindesteinkommen, was umgerechnet ca. 222.000 Euro entspricht. Das bedeutet in der Praxis: Überschreitet das Vermögen einer Person die Jahreseinkünfte um mehr als umgerechnet 222.000 Euro und kann diese Person diese Differenz nicht erklären, liegt ein Verdacht auf illegale Bereicherung vor. Der Vorschlag zur Senkung der Schwelle wurde von nationalen und internationalen Experten ins Spiel gebracht da der ursprüngliche, mehr als doppelt so hohe Schwellenwert, zu wenige Fälle von illegaler Bereicherung erfasst hätte.

Außerdem wird im Strafgesetzbuch die Definition von Vermögen erweitert und umfasst nun nicht nur Geld, Eigentum oder Dienstleistungen, sondern beispielsweise auch digitale Kryptowährungen. Eine Feststellungsklage, ob Vermögenswerte illegal sind, kann auch ohne Schuldurteil gegen eine Person eingereicht werden. Die Beschlagnahmung illegal erworbener Vermögenswerte von Amtsträgern erfolgt durch zivilgerichtliche Entscheidungen. Das Gesetz betrifft Vermögenswerte, die innerhalb der letzten vier Jahre vor Inkrafttreten des Gesetzes illegal erworben wurden und deren Wert rund 31.000 Euro übersteigt.

Es ist derzeit unklar, welche Änderungen es in der zweiten Lesung geben wird. Es sei darauf hingewiesen, dass das Oberste Antikorruptionsgericht und das NABU sich nur vorsichtig dazu äußern, wie zukünftig die Beschlagnahmung in der Praxis umgesetzt werden könnte. Auch sei vermerkt, dass trotz der potenziellen Nützlichkeit beider Bestimmungen die meisten europäischen Länder entweder die strafrechtliche Haftung für illegale Bereicherung anwenden oder die Beschlagnahmung. Die Abstimmung in der zweiten Lesung über Gesetzentwurf 1031 wird so oder so ein Lackmustest für den politischen Willen und die Geschlossenheit der Fraktion von »Diener des Volkes« sein sowie für die Bereitschaft der Ukraine, innovative Praktiken zur Korruptionsbekämpfung einzuführen.

Gesetzentwurf zum Schutz von Whistleblowern (Nr. 1010)

Ende August legte Präsident Selenskyj dem Parlament Gesetzentwurf Nr. 1010 »Zur Änderung bestimmter Gesetze der Ukraine zur Verbesserung bestimmter Bestimmungen der Strafprozessordnung« vor. Im Oktober wurde das Gesetz in erster Lesung verabschiedet und am 9. Oktober beendete der Ausschuss für Korruptionsbekämpfung die Überprüfung der Änderungen. Tatsächlich entspricht der Gesetzentwurf weniger einem eigenständigen Gesetz zum Schutz von Hinweisgebern, wie es in vielen EU-Ländern Praxis ist, sondern erweitert stattdessen Artikel 53 des Gesetzes zur Korruptionsprävention.

Angelehnt an die US-Praxis zur Motivation von Whistleblowern sieht der Gesetzentwurf erstmals in der Ukraine vor, dass Hinweisgeber eine Belohnung von zehn Prozent der Korruptionssumme zusteht, wenn die gemeldeten Informationen zum Beweis des Korruptionsfalls beigetragen haben. Es liegt jedoch an den Richtern, über die genaue Höhe der Prämie zu entscheiden und darüber, ob die Informationen für die Untersuchung des Falles nützlich waren oder nicht. Hinweisgeber können Informationen im Zusammenhang mit ihrer Arbeit, Geschäftstätigkeit oder ihrem Studium melden. Außerdem können Hinweisgeber nicht für finanzielle oder sachliche Schäden verantwortlich gemacht werden, die sich aus den bereitgestellten Informationen ergeben – es sei denn, die von ihnen gemachten Angaben waren vorsätzlich falsch. Darüber hinaus können Hinweisgeber juristische Unterstützung durch die NAZK in Anspruch nehmen oder auch andere juristische Hilfe, inklusive der Beauftragung von Strafverteidigern.

Die Handhabung von zugriffsbeschränkten Informationen war ein weiterer Streitpunkt in den Diskussionen der Arbeitsgruppe, die das Gesetz vorbereitet hat. Laut aktuellem Entwurf können Informanten auch sensible Informationen uneingeschränkt veröffentlichen, z. B. anonym per Hotline oder über Medien. Allerdings ist die Frage der Haftung von Whistleblowern in dieser Hinsicht nicht eindeutig geklärt, da die Veröffentlichung von sensiblen Informationen in anderen Gesetzen als strafbare Handlung aufgefasst wird und die Rechtslage entsprechend angepasst werden müsste. Nicht zuletzt daher argumentieren zivilgesellschaftliche Beobachter und die Expertencommunity auch, dass ein umfassenderes Gesetz erforderlich wäre, das zudem alle Informanten umfasst – und nicht nur solche, die Korruption aufdecken. Sie schlagen vor, zunächst in einem Pilotprojekt alle Vor- und Nachteile zu testen und erst dann ein Rahmengesetz zum Schutz von Hinweisgebern zu entwerfen.

Weitere Änderungen des Strafgesetzbuches der Ukraine (bekannt als Änderungen des Abgeordneten Losowyj, Nr. 1009)

Schließlich hat Präsident Selenskyj im August auch den lang erwarteten Gesetzentwurf »Über Änderungen bestimmter Gesetze der Ukraine zur Verbesserung bestimmter Regelungen der Strafprozessordnung« vorgelegt, der Mitte Oktober in zweiter Lesung verabschiedet wurde und bereits in Kraft ist. Das Gesetz erlaubt es dem NABU und dem Staatlichen Ermittlungsbüro, im Rahmen von Korruptionsermittlungen Abhörmaßnahmen unabhängig vom Sicherheitsdienst SBU durchzuführen, was von internationalen Partnern und ukrainischen Antikorruptions-NGOs seit Jahren gefordert wurde.

Ausblick

Die Abstimmung über das Gesetz über die illegale Bereicherung (einschließlich des Teils über die Beschlagnahme von Vermögenswerten), der Auswahlprozess und die Arbeit der neuen Leitung der NAZK sowie die vollständige Aufhebung der Abgeordnetenimmunität sind ein Lackmestest für die neue politische Elite, was ihre Vertrauenswürdigkeit und Zuverlässigkeit hinsichtlich

ihrer Versprechen zur Korruptionsbekämpfung betrifft. Der weitere Ausbau einer politisch unabhängigen Antikorruptionsinfrastruktur, selbst wenn diese sich gegen Kollegen, Freunde oder Familienmitglieder richtet, ist ein Indikator für die politische Reife und die Bereitschaft der neuen ukrainischen Führung unter Präsident Selenskyj, Korruption ernsthaft zu bekämpfen.

Über die Autorin:

Dr. Halyna Kokhan arbeitet als Expertin für Korruptionsbekämpfung und -prävention bei der *EU-Anti Corruption Initiative in Ukraine* in Kiew. Sie ist zuständig für Kapazitätsbildung der Nationalen Agentur zur Korruptionsprävention und unterstützt den Ausschuss für Antikorruption in der Werchowna Rada. Davor war sie unter anderem im UNDP-Projekt »Enhanced Public Sector Transparency and Integrity« und bei Transparency International Ukraine tätig. Sie hat an der Nationalen Universität Kiewer-Mohyla-Akademie studiert und am Kuras Institut für politische und ethnische Studien der Akademie der Wissenschaften der Ukraine promoviert.

Bibliographie

- DEJURE-Foundation: Formation of the High Anti-Corruption Court: short summary, September 2019, <https://en.dejure.foundation/library/formation-of-the-high-anti-corruption-court-short-summary>.
- A. Marchuk, D. Kalmykov, M. Khavroniuk: Will Ukrainian officials be punished for unjustified wealth?, Centre of Policy and Legal Reform, 17.04.2019, <http://www.pravo.org.ua/en/news/20873659-will-ukrainian-officials-be-punished-for-unjustified-wealth>.

KOMMENTAR

Der gewachsene Einfluss von Ihor Kolomojskyj

Von Steffen Halling, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Wenn es in Kiew in der Vergangenheit zu politischen Machtwechseln gekommen ist, wirkte sich das auch stets auf das informelle Machtgefüge der Oligarchen aus. Das Tempo, mit dem sich Ihor Kolomojskyj nach Selenskyjs Wahlerfolg in der Ukraine zurückgemeldet hat, ebenso wie die Vehemenz, mit der er vorgibt, der neue mächtige Mann in der Ukraine zu sein, sind bislang jedoch beispiellos. Zwar ist auch fünf Monate nach dem Amtsantritt Selenskyjs noch immer unklar, wie weit die Bande zwischen Kolomojskyj und der neuen politischen Führung wirklich reicht. Dennoch: die Konturen seines Einflusses haben sich in den letzten Wochen und Monaten geschärft und geben Grund zur Sorge.

Kolomojskyj hat magere Jahre hinter sich

2014, nach dem Sturz Janukowytschs, konnte Kolomojskyj seine Macht zunächst deutlich ausbauen und trug als Gouverneur der Region Dnipropetrowsk dazu bei, dass

der von Russland orchestrierte Separatismus nicht noch weiter ins Land ausgreifen konnte. Schon bald zeigte sich allerdings auch, dass Kolomojskyj den Staat systematisch plünderte, indem er unter anderem dem staatlichen Ölkonzern Ukrnafta im großen Stil Kapital entzog. Als sein Einfluss auf Ukrnafta beschnitten wurde, drohte Kolomojskyj im Streit mit Präsident Poroschenko mit seiner Privatarmee. Durch die Verstaatlichung der PrivatBank, der größten Bank des Landes, verlor Kolomojskyj 2016 schließlich das Herzstück seines Firmenimperiums. Es gibt sehr deutliche Hinweise darauf, dass Kolomojskyj durch Scheingeschäfte und Insider-Kredite 5,5 Milliarden Dollar aus der Bank geschafft hat. Ein Berufungsgericht in London, wo die nun staatseigene PrivatBank gegen Kolomojskyj wegen Veruntreuung klagt, bestätigte Mitte Oktober 2019 die Zuständigkeit britischer Gerichte sowie die gerichtliche Anordnung, Aktiva Kolomojskyjs in Höhe von etwa 2,5 Milliarden Dollar vorläufig einzufrieren.

Auch in anderen Geschäftsbereichen waren die letzten Jahre für Kolomojczyk kein Zuckerschlecken: Seine energieintensiven Metallurgie-Unternehmen mussten in Folge einer Tarifreform, von der vor allem Kolomojczyks Konkurrent Rinat Achmetow profitierte, an Rentabilität einbüßen. Und auch seine Fluggesellschaft Ukraine International Airlines verzeichnete aufgrund wachsender Konkurrenz durch internationale Billigflieger zuletzt herbe Verluste.

Kolomojczyks spektakuläre Rückkehr

Unmittelbar vor Selenskyjs Amtsantritt ist Kolomojczyk aus seinem selbstaufgelegten Exil in die Ukraine zurückgekehrt – und macht keinen Hehl aus seinem Anspruch auf Einfluss auf die neue politische Führung. Es vergeht kaum eine Woche, in der Kolomojczyk sich nicht öffentlich zu politischen Vorgängen äußert und deutlich macht, dass er insbesondere mit Blick auf die Verstaatlichung der PrivatBank eine Entschädigung durch den Staat in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar erwartet. Als das Kiewer Bezirksverwaltungsgericht drei Tage vor Selenskyjs Wahlsieg die Nationalisierung der PrivatBank für unrechtmäßig befand, gab es Spekulationen um Kolomojczyks Einfluss und es wurde diskutiert, ob die Richter bereits in vorauseilendem Gehorsam handeln würden.

Dass Kolomojczyk ein enges Verhältnis zu Selenskyj pflegt, ist nicht neu. Hiervon zeugen sowohl mehrfache Treffen zwischen ihm und Selenskyj im Vorfeld der Präsidentschaftswahl als auch die Tatsache, dass Kolomojczyk mit 1+1 einen wichtigen Fernsehsender kontrolliert, der Selenskyj noch lange vor dessen politischer Karriere bekannt gemacht hat und eine wichtige Stütze in Selenskyjs Wahlkampf darstellte.

Es gibt aber noch weitere Hinweise auf Kolomojczyks politischen Einfluss: Da ist zuallererst der Leiter des Präsidentenbüros, Andrij Bohdan, die bisher umstrittenste Personalentscheidung Selenskyjs. Bohdan vertrat Kolomojczyk zuvor nicht nur als Anwalt im Rechtsstreit um die Privatbank. Er fungierte unter anderem auch als Kolomojczyks Berater in der Oblast-Verwaltung von Dnipropetrowsk. Aktuell soll Bohdan nach Aussage von Ministerpräsident Hontscharuk unmittelbar mit der Ausarbeitung eines »Kompromisses« zwischen der PrivatBank und Kolomojczyk beauftragt sein. Dieser Interessenkonflikt wurde nicht nur von Olexandr Danyljuk kritisiert. Der frühere Finanzminister, in dessen Amtszeit die Verstaatlichung der PrivatBank erfolgte, gilt als liberaler Reformier. Dass er sich Selenskyj anschloss, galt als Indiz dafür, dass der Präsident sich von Kolomojczyk emanzipieren möchte. Nun hat Danyljuk nach nicht einmal einem halben Jahr seinen Rücktritt als Chef des Nationalen Sicherheits- und Ver-

teidigungsrats erklärt und seine Entscheidung mit der Personalie Bohdan und der Situation rund um die PrivatBank begründet. Danyljuk ist überzeugt, dass ukrainische Gerichte, die unter starken Einfluss des Präsidentenbüros stehen sollen, den Fall PrivatBank längst »gelöst« hätten.

Eine solche »Lösung« würde jedoch vermutlich ein weiteres (dringend benötigtes und milliarden schweres) IWF-Kreditprogramm gefährden, da der IWF 2016 die Verstaatlichung und Sanierung der PrivatBank forderte. Zudem stand die PrivatBank unter der Kontrolle Kolomojczyks im Verdacht, Hilfgelder des IWF in Höhe von etwa 1,8 Milliarden Dollar auf Offshore-Konten transferiert zu haben. Augenscheinlich aus Sorge um den wachsenden Einfluss Kolomojczyks und die unklare Situation rund um die PrivatBank sind die Verhandlungen mit dem IWF zuletzt ins Stocken geraten.

Den Einfluss Kolomojczyks einzig an der Person Bohdan festzumachen, wäre jedoch zu kurz gegriffen. Denn nicht weniger wichtig sind die etwa dreißig Abgeordneten in der Werchowna Rada, die als direkte Interessenvertreter Kolomojczyks gelten. Diese »Kolomojczyk-Fraktion« unter inoffizieller Leitung seines langjährigen Geschäftspartners Ihor Palyzja gilt als »goldene Aktie« Kolomojczyks. Dass die mit Kolomojczyk assoziierte informelle Gruppe im Parlament stark genug ist, um der Fraktion von Sluha Narodu gegebenenfalls ihre Mehrheit zu entziehen, zeigte sich im September, als es der Partei trotz nomineller absoluter Mehrheit von 254 Mandaten nicht gelang, 226 Stimmen für die Annahme einer Novelle im Strafgesetzbuch zur Erleichterung von vorgerichtlichen Untersuchungen gegen Abgeordnete zusammen zu bekommen.

Ausblick

Welche gerichtlichen und außergerichtlichen Entscheidungen im Fall der PrivatBank getroffen werden, wird ein Lackmestest dafür sein, wie ernsthaft der ukrainischen Führung ihre Reformversprechungen sind, und wie sehr sie unter dem Einfluss Kolomojczyks steht. Wann es allerdings zu einer abschließenden Entscheidung in dieser Frage kommen wird, ist nicht absehbar. Erst vor wenigen Tagen entschied das Wirtschaftsgericht in Kiew überraschend, dass es die Klage Kolomojczyks auf Rückgabe seiner Unternehmensanteile so lange auf Eis legen werde, bis zunächst an anderer Stelle über die Rechtmäßigkeit der Nationalisierung entschieden worden ist. Die Nationalisierung der Bank wurde vom Kiewer Bezirksverwaltungsgericht im April 2019 zwar für unrechtmäßig erklärt. Dieses Urteil erwartet jedoch ein Berufungsverfahren und ist bisher nicht rechtskräftig. Unabhängig vom Fall PrivatBank kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Kolomojczyk

in Zukunft auch in anderen Unternehmensbereichen wieder eine bedeutendere Rolle spielen wird und seinen Einfluss auf Kosten anderer Oligarchen ausweiten wird. Hierzu gehören vor allem der Energie- und Treibstoff-

markt, mit Blick auf die von der ukrainischen Regierung angekündigte Bodenmarktreform womöglich aber auch verstärkt der Agrarsektor.

Über den Autor

Steffen Halling ist Doktorand an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Er forscht zu Oligarchen in der Ukraine und ihren Legitimationsstrategien.

DOKUMENTATION

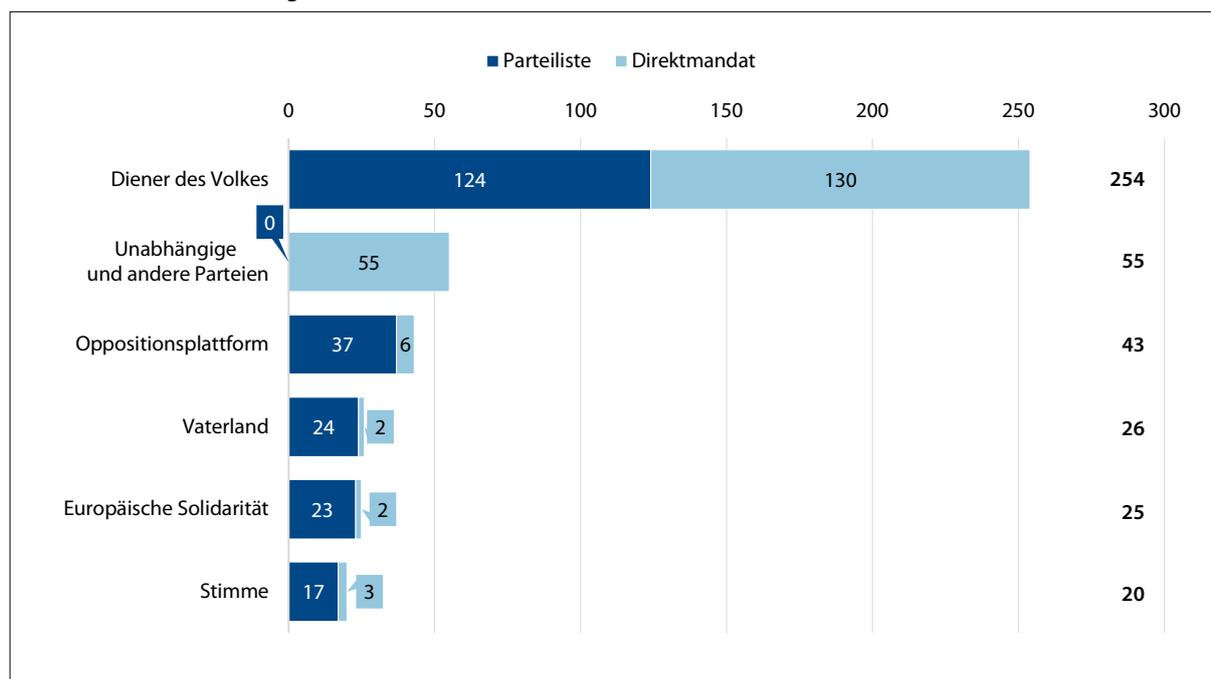
Zusammensetzung der neuen Werchowna Rada

Wesentliche Merkmale

- 423 Abgeordnete, davon 327 (77,3%) erstmals in der Werchowna Rada
- 225 Abgeordnete über Listenplätze (davon 169 erstmals ins Parlament eingezogen), 198 über Direktmandate gewählt (darunter 158 neugewählte)
- 5 Parteien im Parlament vertreten

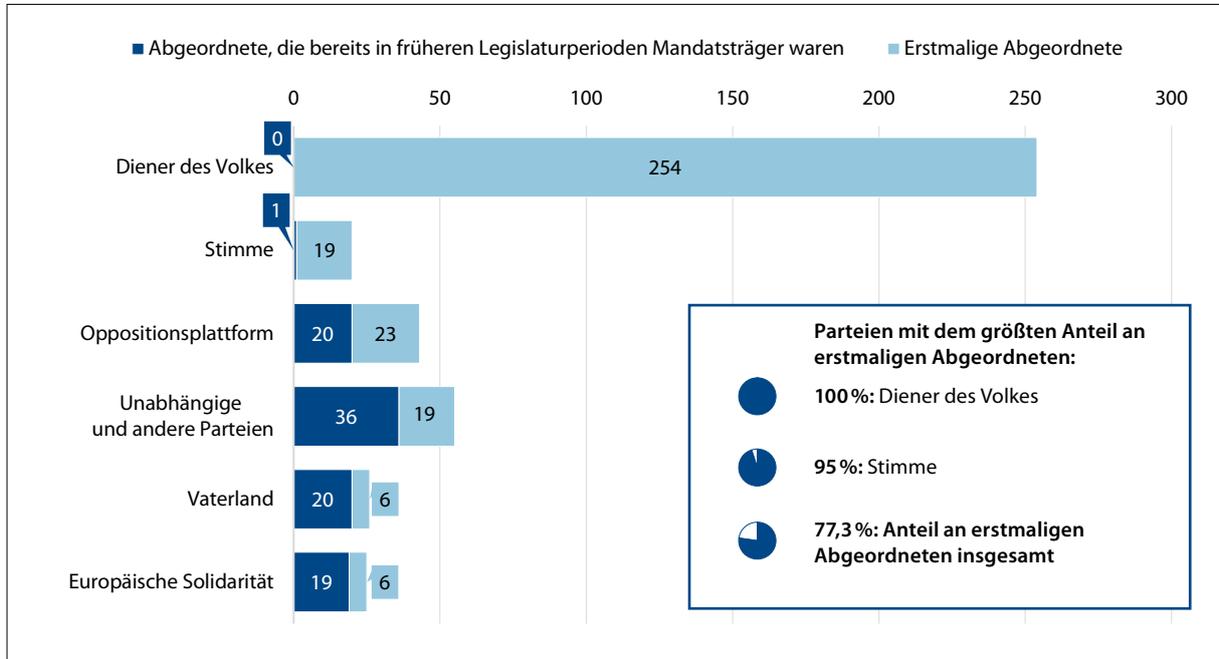
Eine ausführlichere Analyse der Zusammensetzung der neuen Werchowna Rada gibt es in: Gwendolyn Sasse: *Who is Who in the Ukrainian Parliament?* Carnegie Europe, 24.09.2019, <https://carnegieeurope.eu/strategieurope/79905?fbclid=IwAR3lP7hfix0oUYnA8b9Z-P7BJW2o9sig24lwdkesx7vC79lBjqvBfs-PxU>.

Grafik 1: Sitzverteilung



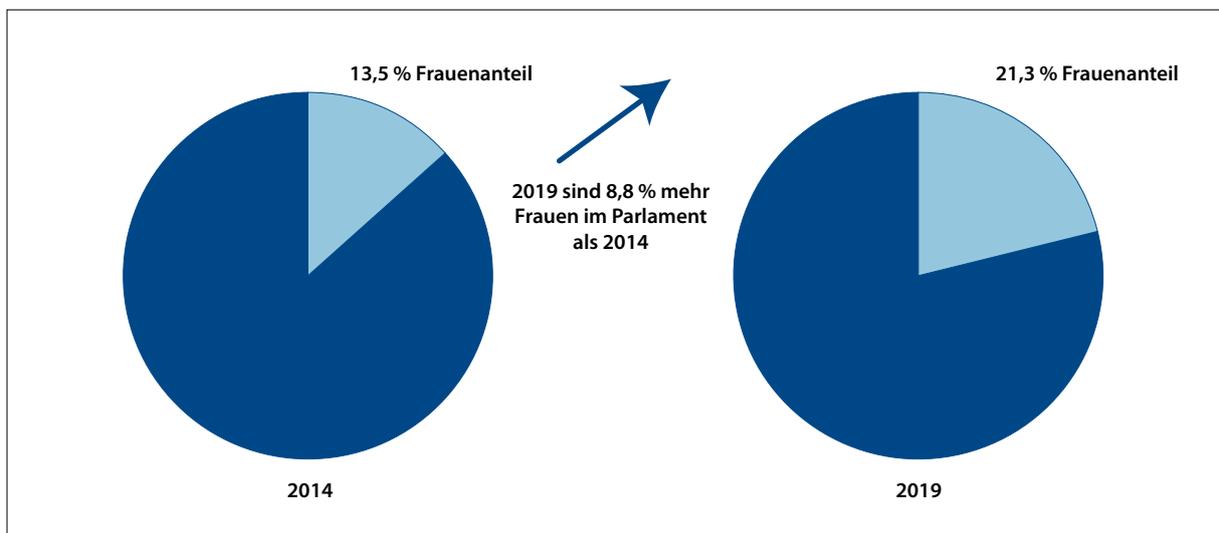
Quelle: Zusammenstellung von Gwendolyn Sasse (ZOIS, Berlin) und Viktoriia Omelianenko (Nationale Taras-Schewtschenko-Universität, Kiew).

Grafik 2: Anzahl der erstmaligen Abgeordneten

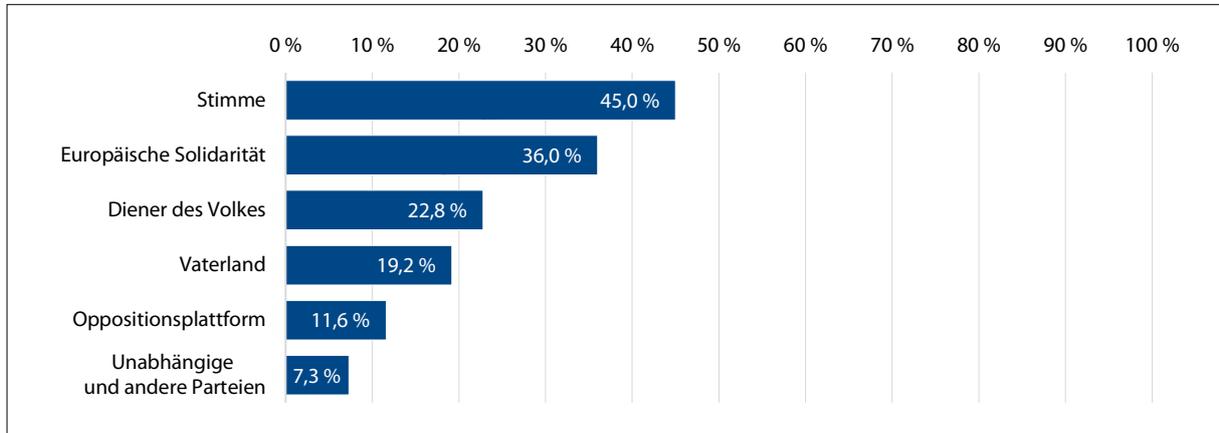


Quelle: Zusammenstellung von Gwendolyn Sasse (ZOIS, Berlin) und Viktoriia Omelianenko (Nationale Taras-Schewtschenko-Universität, Kiew).

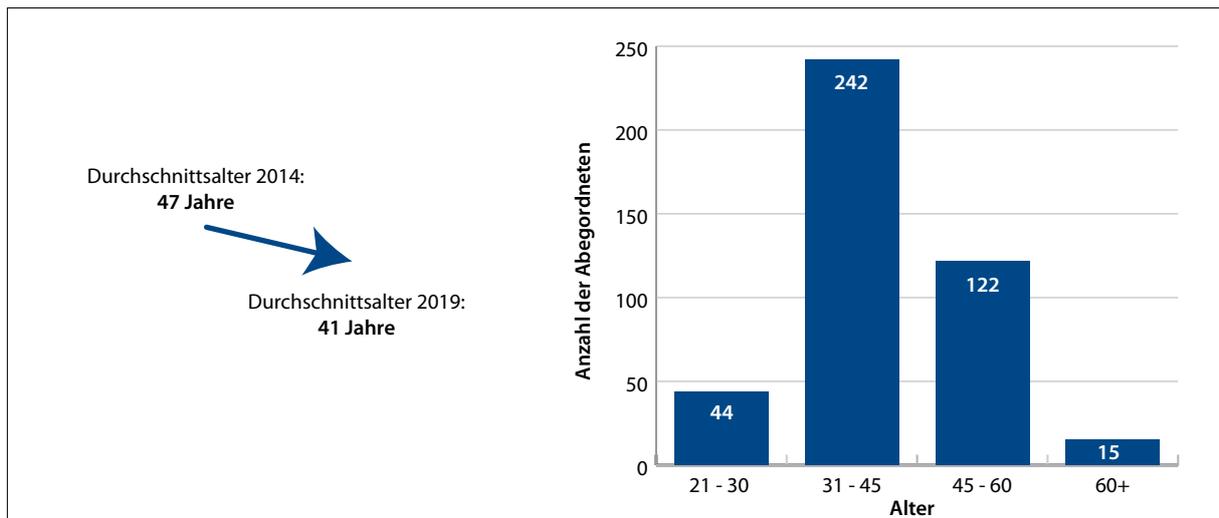
Grafik 3: Frauenanteil im Parlament



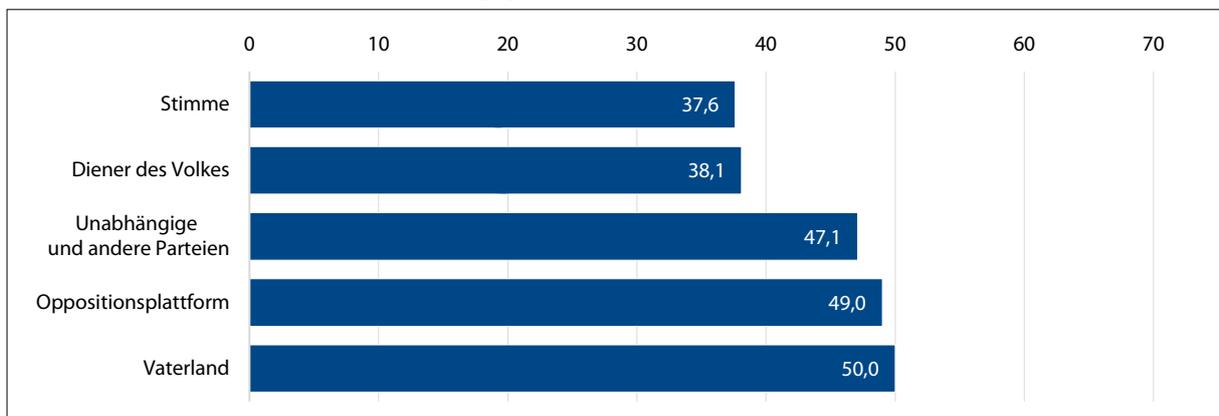
Quelle: Zusammenstellung von Gwendolyn Sasse (ZOIS, Berlin) und Viktoriia Omelianenko (Nationale Taras-Schewtschenko-Universität, Kiew).

Grafik 4: Frauenanteil, nach Partei gegliedert

Quelle: Zusammenstellung von Gwendolyn Sasse (ZOIS, Berlin) und Viktoriia Omelianenko (Nationale Taras-Schewtschenko-Universität, Kiew).

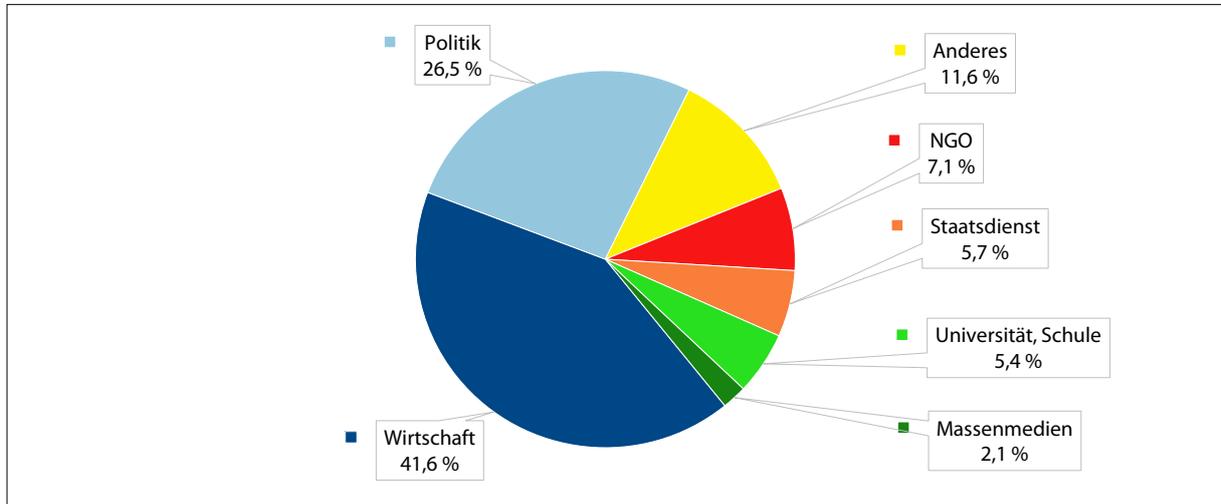
Grafik 5: Alter

Quelle: Zusammenstellung von Gwendolyn Sasse (ZOIS, Berlin) und Viktoriia Omelianenko (Nationale Taras-Schewtschenko-Universität, Kiew).

Grafik 6: Durchschnittsalter (nach Partei gegliedert)

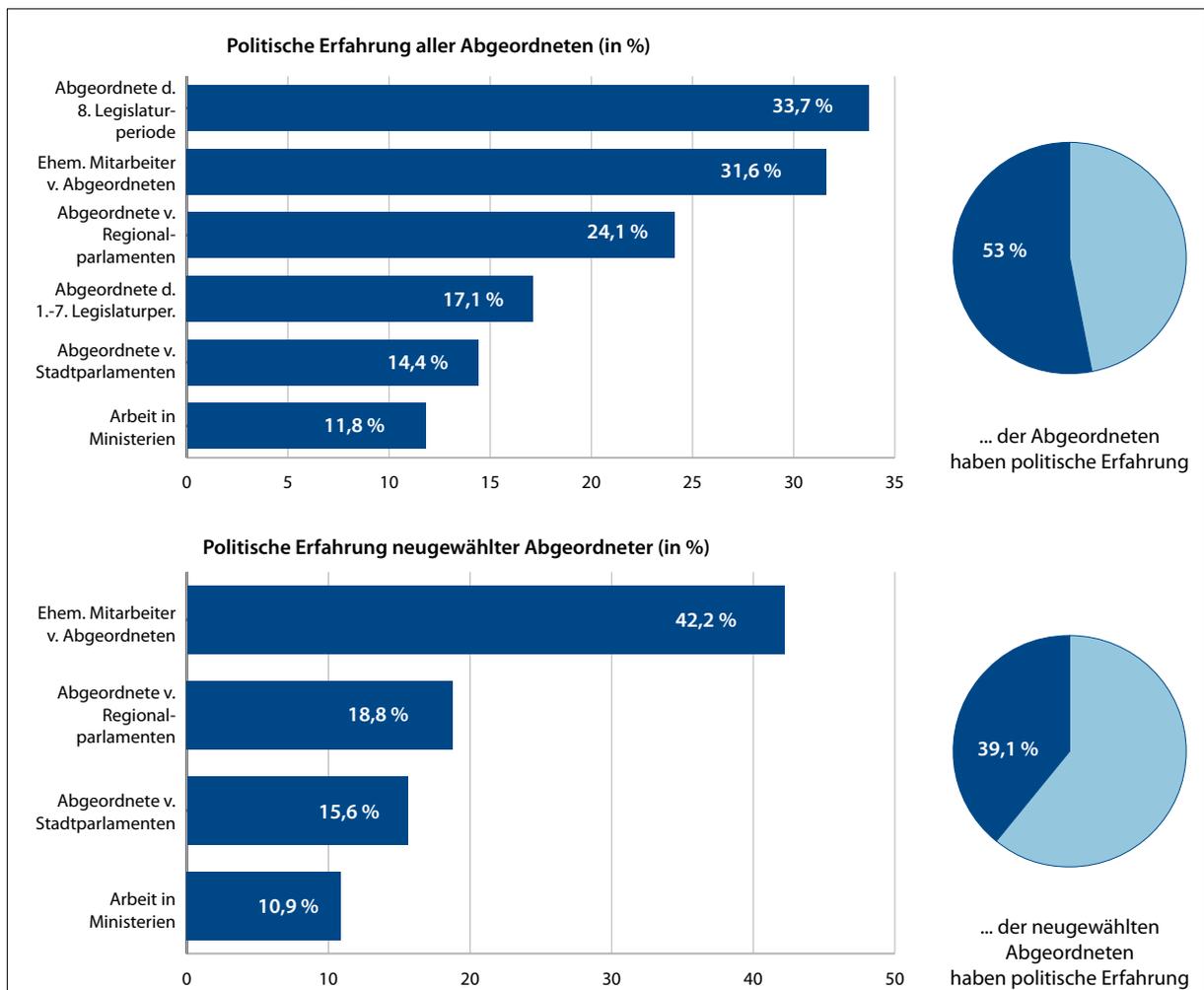
Quelle: Zusammenstellung von Gwendolyn Sasse (ZOIS, Berlin) und Viktoriia Omelianenko (Nationale Taras-Schewtschenko-Universität, Kiew).

Grafik 7: Vorheriger Tätigkeitsbereich

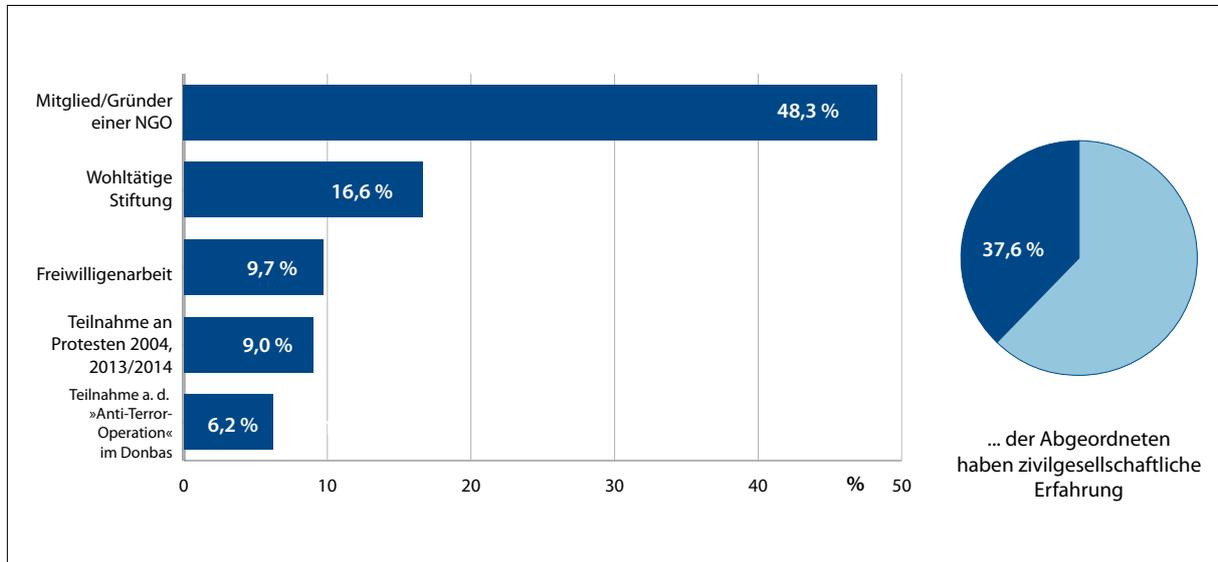


Quelle: Zusammenstellung von Gwendolyn Sasse (ZOIS, Berlin) und Viktoriia Omelianenko (Nationale Taras-Schewtschenko-Universität, Kiew).

Grafik 8: Politische Erfahrung



Quelle: Zusammenstellung von Gwendolyn Sasse (ZOIS, Berlin) und Viktoriia Omelianenko (Nationale Taras-Schewtschenko-Universität, Kiew).

Grafik 9: Zivilgesellschaftliche Erfahrung

Quelle: Zusammenstellung von Gwendolyn Sasse (ZOIS, Berlin) und Viktoriia Omelianenko (Nationale Taras-Schewtschenko-Universität, Kiew).

CHRONIK

4. – 20. Oktober 2019

04.10.2019	In Schytomyr nehmen Präsident Wolodymyr Selenskyj und sein belarussischer Amtskollege Alexander Lukaschenko am Zweiten Forum der Regionen der Ukraine und Belarus teil. Gemeinsam mit ukrainischen Vertretern und einer 500-köpfigen Delegation aus Belarus werden wirtschaftliche und politische Fragen und Perspektiven der regionalen Entwicklung erörtert, insbesondere in den Bereichen Energie und Agrar.
04.10.2019	Präsident Wolodymyr Selenskyj richtet sich mit einer Videobotschaft an die ukrainische Bevölkerung und erklärt die sog. »Steinmeier-Formel«, die am 1. Oktober von der Ukraine unterzeichnet worden war. Die Formel besagt, dass die separatistischen »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk einen Sonderstatus erhalten, sobald dort Wahlen nach ukrainischem Recht und im Einklang mit internationalen Standards stattgefunden haben. Der Kritik, dies sei »Verrat« und eine »Kapitulation« gegenüber Russland erwidert Selenskyj, dass er zwar Frieden wolle, aber nicht um jeden Preis und die Ukraine eine Wahl unter vorgehaltener Waffe nicht akzeptieren werde.
06.10.2019	In Kiew demonstrieren ca. 10.000 Menschen gegen die Unterzeichnung der sog. »Steinmeier-Formel«.
07.10.2019	Außenminister Wadym Prystajko berichtet, dass die ukrainischen Streitkräfte sich nicht wie geplant aus Solote und Petriwske nahe der Kontaktlinie im Osten der Ukraine zurückziehen konnten. Im Rahmen des Minsker Friedensprozesses wurde ein Entflechtungsabkommen vereinbart, dass für den 7. Oktober den Rückzug von ukrainischem Militär und pro-russischen Kämpfern vorsah, wenn zuvor für mindestens sieben Tage lang Waffenstillstand herrschte. Da dieser von den pro-russischen Kämpfern verletzt worden sei, so Prystajko, müsse man nun erneut die 7-Tages-Frist abwarten.
08.10.2019	Der Leiter der Nationalen Polizei in der Region Luhansk, Serhij Kolesnyk, gibt bekannt, dass zusätzliche Polizeikräfte nahe der Kontaktlinie eingesetzt werden sollen, um für Frieden, Sicherheit und Ordnung zu sorgen. In der lokalen Bevölkerung gibt es Ängste, dass diese durch den bevorstehenden Rückzug ukrainischer Einheiten im Rahmen des Entflechtungsabkommens womöglichen Angriffen durch die pro-russischen »Separatisten« schutzlos ausgeliefert sei.

09.10.2019	Die Ukraine rutscht im Global Competitiveness Report 2019, der jährlich vom Weltwirtschaftsforum herausgegeben wird, um zwei Positionen auf Platz 85 (von 141) ab. Verbesserungen gab es in den Bereichen Arbeitsmarkt, staatliche Institutionen und im Qualifikations- und Bildungsniveau der Bevölkerung. Gleichzeitig ist das Land im Bereich makroökonomische Stabilität und Gesundheitsversorgung abgerutscht. Die Ukraine liegt im internationalen Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit etwa gleichauf mit Albanien, Argentinien, der Republik Moldau, dem Libanon und Ecuador.
10.10.2019	Präsident Wolodymyr Selenskyj hält in Kiew seine erste große Pressekonferenz in der Ukraine ab. An dem 12-stündigen Pressemarathon im innovativen Format – Selenskyj nimmt sich Zeit für dutzende kleinere Gruppendiskussionen mit Journalisten – nehmen insgesamt mehr als 300 Journalisten teil. Im Mittelpunkt stehen Fragen zu Selenskyjs Telefonat mit dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump, seine Beziehung zum Oligarchen Ihor Kolomojskyj sowie zum Friedensprozess im Donbas.
14.10.2019	Einer Studie des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie zufolge lag 2018 der Anteil der Schattenwirtschaft in der Ukraine bei 47,2 Prozent und damit leicht über dem Vorjahreswert von 46,8 Prozent. Vor allem im Handel und im Bausektor ist der Anteil der Schattenwirtschaft mit mehr als 50 Prozent sehr hoch, so die Autoren der Studie. Der Kampf gegen die Schattenwirtschaft gilt als eine der Prioritäten von Präsident Selenskyj..
14.10.2019	In der Qualifikation für die Fußball-Europameisterschaft 2020 gewinnt die Ukraine im Kiewer Olympiastadion 2:1 gegen Portugal. Damit steht die Ukraine bereits vorzeitig als Gruppensieger fest und nimmt an der kommenden Europameisterschaft teil.
15.10.2019	Der stellvertretende Leiter des Präsidentenbüros, Jurij Kostjuk, gibt bekannt, dass sich der Rückzug der ukrainischen Truppen von der Kontaktlinie in der Ostukraine verzögere, da sich die pro-russischen Rebellen weiterhin nicht an den vereinbarten Waffenstillstand zur Truppenentflechtung halten.
15.10.2019	Das Englische Berufungsgericht in London entscheidet, dass die verstaatlichte PrivatBank die Klage gegen die ehemaligen Haupteigner der Bank, Ihor Kolomojskyj und Hennadij Boholjubow, weiter vorantreiben kann und friert rund 2,5 Milliarden US-Dollar von Kolomojskyj vorläufig ein. Die PrivatBank wirft ihren ehemaligen Eigentümern Betrug im großen Ausmaß vor und fordert von diesen rund drei Milliarden US-Dollar Schadenersatz. Kolomojskyj erklärt, das Urteil des Berufungsgerichts anfechten zu wollen.
15.10.2019	Eine hochrangige Delegation von ukrainischen Ministern und dem Chef der ukrainischen Zentralbank führt in Washington D. C. Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank über ein Kreditprogramm für die Ukraine. Die Ukraine strebt frische Hilfskredite i. H. v. 3,9 Mrd. US-Dollar an. Der IWF will verschiedenen Medienberichten zufolge abwarten, wie sich die »Causa PrivatBank« entwickelt. Sollte die größte ukrainische Bank wieder in den Besitz des Oligarchen Ihor Kolomojskyj fallen, droht der dringend benötigte IWF-Kredit zu scheitern.
16.10.2019	Das Kiewer Wirtschaftsgericht entscheidet, eine Klage Kolomojskyjs auf Rückgabe seiner Unternehmensanteile so lange auf Eis legen, bis ein anderes Gericht nicht endgültig über die Verstaatlichung der PrivatBank entschieden. Hintergrund ist, dass die Nationalisierung der PrivatBank zwar im April 2019 vom Kiewer Bezirksverwaltungsgericht für unrechtmäßig erklärt wurde, das Urteil jedoch von der PrivatBank angefochten und die Entscheidung daher noch nicht rechtskräftig ist.
16.10.2019	In zweiter Lesung verabschiedet die Werchowna Rada ein Gesetz zum Neustart der Justizreform. Das neue Gesetz sieht unter anderem vor, die Mitglieder der Obersten Qualifizierungskommission, die für die Einstellung und Überprüfung der Richter in der Ukraine zuständig ist, komplett neu zu besetzen. Der Gesetzentwurf sieht weiterhin vor, die Zahl der Richter am Obersten Gerichtshof von 200 auf 100 zu reduzieren. Zivilgesellschaftliche Initiativen wie Transparency International und das Anti-Corruption Action Center kritisieren das Gesetz, weil ihre Forderung, internationale Experten stärker einzubeziehen, ignoriert wurden.
16.10.2019	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Gesetz, das es dem Nationalen Büro für Korruptionsbekämpfung (NABU) und der Staatlichen Ermittlungsbehörde erlaubt, unabhängig vom Staatlichen Sicherheitsdienst (SBU) Telefonkommunikation zu überwachen. Damit kommt Selenskyj einer zentralen Forderung von Antikorruptionsaktivisten nach.
16.10.2019	Die Werchowna Rada verabschiedet ein Gesetz zum Schutz von Whistleblowern, das zum 1. Januar 2020 in Kraft tritt. Das Gesetz definiert den Rechtsstatus von Hinweisgebern und sieht eine Garantie für deren Rechtsschutz vor. Außerdem sollen Whistleblower, die große Korruptionsfälle aufdecken, zehn Prozent der Korruptionssumme als Anreiz erhalten.
17.10.2019	Die Werchowna Rada verabschiedet eine Gesetzesnovelle, die Teil der Militärreform ist und die ukrainische Armee in Einklang mit NATO-Standards bringen soll. Das Gesetz sieht unter anderem eine neue Rangordnung für die Streitkräfte des Landes in Anlehnung an die Ränge im US-Militär vor.

19.10.2019	Die ehemalige Abgeordnete und stellvertretende Parlamentspräsidentin Oxana Syroiid wird zur Vorsitzenden der Partei »Samopomitsch« gewählt. Sie ersetzt den Gründer und langjährigen Parteivorsitzenden, den Lemberger Bürgermeister Andrij Sadowyj. Syroiid gibt als Ziel aus, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen 2020 erfolgreich abschneiden zu wollen und bei den nächsten Parlamentswahlen wieder über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen.
------------	--

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
 ISSN 1862-555X © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>